

SCHUL-MONITORING
Bevölkerungsbefragung
zum Schul- und Bildungswesen
Studienbericht 2007

Diese Studie wurde erstellt für das:
BM für Unterricht, Kunst und Kultur

Wien, im Juni 2007
Archivnummer: 23800006



INSTITUT FÜR EMPIRISCHE SOZIALFORSCHUNG GMBH
Teinfaltstraße 8 • 1010 Wien
Telefon: (01) 54 670-0 • Fax: (01) 54 670-312
E-Mail: ifes@ifes.at • Internet: <http://www.ifes.at>

Inhaltsverzeichnis

Daten zur Untersuchung	3
Vorwort	4
Die wichtigsten Ergebnisse in Kurzform	5
Die Ergebnisse im Einzelnen	9
1. Das Image des Schul- und Bildungswesens und der einzelnen Schulformen	9
1.1. Beurteilung des Schul- und Bildungswesens	9
1.2. Beurteilung der einzelnen Schul- bzw. Ausbildungsformen ..	12
2. Das Image der LehrerInnen	17
3. Herausforderungen an die Schule.....	20
3.1. Wie gut kommt die Schule mit speziellen Herausforderungen zurecht?.....	20
3.2. Handlungsbedarf der Schulen.....	30
3.3. Eltern-Einschätzung der Situation in Klassen mit SchülerInnen mit Migrationshintergrund	33
4. Perzipierte Entwicklung der Schulqualität.....	39
5. Thema Schulreform	43
5.1. Welche Reformen werden als sinnvoll erachtet?	43
5.2. Verpflichtendes Vorschuljahr für alle Schulkinder?	46
5.3. Zur gemeinsamen Schule der 10- bis 14-Jährigen	48
5.4. Zum Ausbau der schulischen Tagesbetreuung	53
5.5. Zur Doppelgleisigkeit der Schulverwaltung	55
5.6. Zur Regelung der schulautonomen Tage.....	56
6. Maßnahmen zur Förderung der Chancengleichheit von Mädchen und Burschen	57
7. Moderne Kommunikationstechnologien und Medien im Schulbereich	61
7.1. PC- bzw. Internet-Zugang der SchülerInnen zu Hause	61
7.2. Art der Nutzung dieser Technologie	62
Abbildungsverzeichnis.....	64

Daten zur Untersuchung

- Themen:**
- Image des Schul- und Bildungswesens
 - Image der Schulformen
 - Image der LehrerInnen
 - Schulische Herausforderungen
 - Zugewanderte Schulkinder
 - Fragen zur Schulreform
 - Gender-Mainstreaming
 - PC-Nutzung von SchülerInnen

Auftraggeber: Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur (bzw. das frühere Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur)

Grundgesamtheit: Männer und Frauen ab dem 15. Lebensjahr

Erhebungsgebiet: Österreich

Stichprobenumfang: 2.000 Zielpersonen
davon:
453 Eltern(teile) von Schulkindern
90 Lehrkräfte
164 SchülerInnen und Studierende

Zielpersonenauswahl: Stratified Multistage Clustered Random Sampling aus rezentem Adressmaterial des Institutes

Art der Befragung: mündliche, persönliche Interviews an der Wohnadresse

Befragungszeitraum: Mai/Juni 2007

Projektleiter: Dr. Gert Feistritzer

Vorwort

Das Bildungs-Monitoring wurde seit 1993 im Auftrag des früheren Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur in Form ursprünglich halbjährlicher und später jährlicher bundesweit repräsentativer Bevölkerungsbefragungen durchgeführt. Infolge der rezenten Umstrukturierung der Ministerien gibt es ab diesem Jahr zwei getrennte Auswertungen: den Schul-Monitoring-Bericht und den Wissenschafts-Monitoring-Bericht. Die aktuelle Datenerhebung erfolgte von Anfang Mai bis zum 10. Juni 2007.

Das Fragenprogramm zu dieser Studie umfasst wieder konstant gehaltene Kernfragen sowie aktuelle Themenbereiche. Die diesjährige Befragung erfolgte vor dem Hintergrund der breit diskutierten Schulreformaßnahmen; eine Reihe von Fragen bezog sich auf die entsprechenden Einstellungen und Präferenzen seitens der Bevölkerung.

Um die Zuverlässigkeit und Vergleichbarkeit der Ergebnisse zu gewährleisten, unterliegen diese empirischen Erhebungen einer gleichbleibenden, sämtliche wissenschaftlichen Qualitätskriterien erfüllenden Stichprobenauswahl und Befragungsmethode (mündliche Interviews an der Haushaltsadresse). Das bundesweite Sample umfasst 2.000 Personen ab 15 Jahre. Der darin enthaltene Anteil an Personen, in deren Haushalt (zumindest) ein Schulkind lebt, beträgt bei der diesjährigen Studie 23 Prozent, das sind 453 Fälle. Weiters sind 78 Schülerinnen und 86 Studierende sowie 90 Lehrkräfte in der Stichprobe vertreten (je 4 %). Auch wenn die letztgenannten Teilgruppen nicht sehr groß sind, ist den entsprechenden Ergebnissen zumindest ein indikativer Stellenwert beizumessen.

Der vorliegende Band enthält die Hauptergebnisse der diesjährigen Befragung in Berichtsform. Zu dieser Erhebung liegt weiters ein umfassender Tabellenband vor, der die Befragungsergebnisse in detaillierter Form und differenziert nach relevanten Bevölkerungssegmenten sowie nach Regionen ausweist.

Die Studie ist Eigentum des Auftraggebers und gilt unsererseits als vertraulich.

Wien, im Juni 2007

Dr. Gert Feistritzer
Institut für empirische Sozialforschung

Die wichtigsten Ergebnisse in Kurzform

Zur Beurteilung des Schul- und Bildungswesens

- Seit der Veröffentlichung der PISA-Ergebnisse im Jahr 2003 ist die Qualitätsbewertung unseres Schulsystems durch die Bevölkerung konstant rückläufig ausgefallen. Dieser Negativtrend hat sich vor dem Hintergrund der Ressortumbesetzung und den davon ausgehenden intensiven Reformdiskussionen nun erstmals wieder in eine positive Richtung gewendet.
- Auch bei der Beurteilung der einzelnen Schulformen bildet sich aktuell eine tendenziell positive Imageentwicklung ab.
- Nach wie vor mit Abstand am ungünstigsten schätzt die Bevölkerung die Qualitätsanmutung der Hauptschulen und der Polytechnischen Schulen. Die HS wird mit einer Durchschnittsnote von 2,5 bewertet; die AHS mit 2,1.
- Bei der direkten Frage nach dem Eindruck der Entwicklung der Schulqualität in den letzten Jahren halten sich bei den meisten erhobenen Bereichen die positiven und die negativen Wahrnehmungen bzw. Einschätzungen in etwa die Waage (jeweils Nennungsanteile von rund 20 %). Mehr als die Hälfte der Bevölkerung glaubt, dass sich da wenig verändert hat oder traute sich kein Urteil zu.

Zum Image der LehrerInnen

- Auch in Bezug auf das Ansehen der Berufsgruppe der Lehrkräfte ist ein positiver Imageeffekt festzustellen. In den Jahren zuvor waren die entsprechenden Imagewerte konstant rückläufig. Meinten im Jahr 2002 noch 56 Prozent der Befragten, dass die LehrerInnen bei der Bevölkerung ein (sehr) hohes Ansehen genießen, so sank die entsprechende Einschätzungsquote bis zum Jahr 2006 um rund 20 Prozentpunkte und erreichte damit im Vorjahr den bisherigen Tiefpunkt (37 %).

- Gegenüber dem Vorjahr ist wieder ein deutlicher Anstieg um 10 Prozentpunkt zu verzeichnen. Derzeit geht rund die Hälfte der Bevölkerung von einem guten Image der Lehrkräfte aus. Der Großteil der Restgruppe vergab anhand einer fünfstufigen Notenskala die mittlere Note 3. Die LehrerInnen schätzen ihr Image wie immer deutlich schlechter ein.

Herausforderungen an die Schule

- Brisante Problembereiche sind für die Bevölkerung vor allem die „Gewalt und Aggression der Jugendlichen untereinander“ und damit zusammenhängend die Frage der Betreuung von schwierigen bzw. verhaltensauffälligen Kindern. Nicht ausreichend ist aus der Sicht vieler Befragten die derzeitige individuelle Förderung der Schulkinder – und zwar sowohl die Förderung der schwächeren als auch jene der hochbegabten SchülerInnen. Dies gilt auch für die schulische Integration von Kindern mit nicht-deutscher Muttersprache. Als große und wohl bleibende Herausforderung für die Schulen erachtet man auch die Suchtprävention. Am vergleichsweise besten gelingt den Schulen nach Ansicht der Befragten die Integration von behinderten Kindern und die Vermittlung von Chancengleichheit für Mädchen und Burschen.
- Gegenüber dem Vorjahr bildet sich bei den meisten abgefragten Herausforderungen eine günstigere Bewertung des schulischen Problemlösungspotenzials ab.
- Den dringlichsten Handlungsbedarf seitens der Schulen sieht man im Zusammenhang mit der Gewalt unter Jugendlichen und der Suchtprävention, also jenen beiden Themen, die bei entsprechenden Vorkommnissen das größte Medienecho hervorrufen. Auf der schulischen Ebene im engeren Sinn hält man vor allem Maßnahmen zur Verbesserung der individuellen Förderung und zur besseren Integration von Zuwanderer-Kindern für wichtig.

Elterneindruck von Klassen mit Zuwanderer-Kindern

- Rund sieben von zehn befragten Elternteilen von Schulkindern gaben an, dass in der Klasse ihre Kindes auch SchülerInnen aus anderen Herkunftsländern unterrichtet werden.
- Deren schulische Integration in der Klasse ihres Kindes wird in Summe durchaus positiv beurteilt. Es überwiegt der Eindruck, dass sich daraus keine nennenswerten Spannungen zwischen den ethnischen Gruppen und auch keine negativen Effekte auf das Klassenklima sowie auf die Klassenleistungen ergeben. Nur ein kleiner Teil der Eltern bestätigte, dass ihres Wissens verbale Aggressionen der „einheimischen“ SchülerInnen gegenüber den zugewanderten Kindern gehäuft vorkommen. Ein Drittel hat das Gefühl, dass es zwischen diesen Kindergruppen eher wenig soziale Kontakte innerhalb und außerhalb der Klasse gibt.

Zum Thema Schulreform

- Die Bevölkerung ist schon seit den Diskussionen rund um die schwachen PISA-Ergebnisse der österreichischen SchülerInnen gegenüber schulischen Reformen sehr aufgeschlossen.
- Knapp drei Viertel der Befragten halten etwa einen Ausbau der schulischen Tagesbetreuung bzw. der Ganztagschulen für sinnvoll, wobei neben mehr Plätzen vor allem auch die qualitativen Angebote verbessert werden sollten. So gut wie alle sprechen sich dafür aus, dass die Kinder am Nachmittag in der Schule die Aufgaben machen und das Gelernte in Gruppen vertieft üben sollen. Neben einer verstärkten individuellen Förderung der Kinder am Nachmittag wünscht man sich auch vermehrte Kultur-, Sport- und sonstige Freizeitangebote. Zugleich sollten die Kinder aber die Möglichkeit haben, am Nachmittag auch außerschulische Angebote zu nutzen (etwa in Sport- oder Kulturvereinen).
- Mehrheitlich sind die Österreicherinnen und Österreicher dafür, ein für alle verpflichtendes Vorschuljahr einzuführen. 55 Prozent sprechen sich derzeit dafür aus; 32 Prozent sind dagegen. Eine Mehrheit der Befürworter bildet sich bei so gut wie allen statistisch ausgewerteten Bevölkerungsgruppen und in allen Bundesländern mit Ausnahme von Tirol ab.

- Einer gemeinsamen Schule für die 10- bis 14-Jährigen kann die Mehrheit der Bevölkerung durchaus etwas abgewinnen. Zum einen hält man es für sinnvoll, dass die Trennung der Kinder in unterschiedliche Schulformen nicht mit 10 Jahren, sondern erst mit 14 Jahren erfolgt. 32 Prozent stehen einem solchen Schulmodell grundsätzlich positiv gegenüber, weitere 45 Prozent halten es für zumindest überlegenswert. Nur eine kleine Minderheit von 12 Prozent ist dagegen.
- Unter der Voraussetzung, dass es in einem solchen Schulmodell eine stärkere individuelle Förderung der Kinder als derzeit gibt, spricht sich eine deutliche Mehrheit für eine gemeinsame Schule aus. 62 Prozent votieren für eine solche Schulform, 15 Prozent dagegen. Die Restgruppe hatte sich dazu noch keine klare Meinung gebildet.
- Das klare Votum zugunsten einer gemeinsamen Schule der 10- bis 14-Jährigen bei einer entsprechenden inneren Differenzierung bzw. individuellen Förderung geht quer durch alle ausgewerteten Bevölkerungsgruppen und Bundesländer.

Die Ergebnisse im Einzelnen

1. Das Image des Schul- und Bildungswesens und der einzelnen Schulformen

1.1. Beurteilung des Schul- und Bildungswesens

Seit dem Jahr 2003 ist die Qualitätsanmutung des Schul- und Bildungswesens bei der Bevölkerung konstant rückläufig ausgefallen. Die schwachen PISA-Ergebnisse und die damaligen weitgehend folgenlosen Diskussionen über notwendige Reformen haben nicht dazu beigetragen, das Image unseres Bildungssystems zu verbessern. Erst mit der Ressortumbesetzung zu Jahresbeginn setzte wieder eine breite Schulreform-Debatte ein.

Bemerkenswert ist, dass offenkundig alleine schon der wahrgenommene Reformschwung der neuen Bundesministerin nicht nur den in den letzten Jahren ausgeprägten Negativtrend der öffentlichen Meinung zu beenden vermochte, sondern schon jetzt - noch ehe die geplanten Reformen umgesetzt werden konnten - eine etwas günstigere Bewertung des österreichischen Schul- und Bildungswesens evozierte.

Derzeit meinen sechs von zehn Österreichern und Österreicherinnen, dass unser Bildungssystem eine hohe Qualität aufweist (Note 1: 18 %; Note 2: 43 %). Knapp ein Drittel wählte die mittlere Note 3, während sich 7 Prozent davon ein dezidiert negatives Bild machen. Die vergebene Durchschnittsnote beläuft sich auf 2,3. Diese Note ist aber nach wie vor als eher mäßig zu qualifizieren - in früheren Jahren lag sie noch bei rund 2,0.

Die folgende Grafik bildet die Notenverteilungen seit Beginn des Bildungs-Monitorings ab:

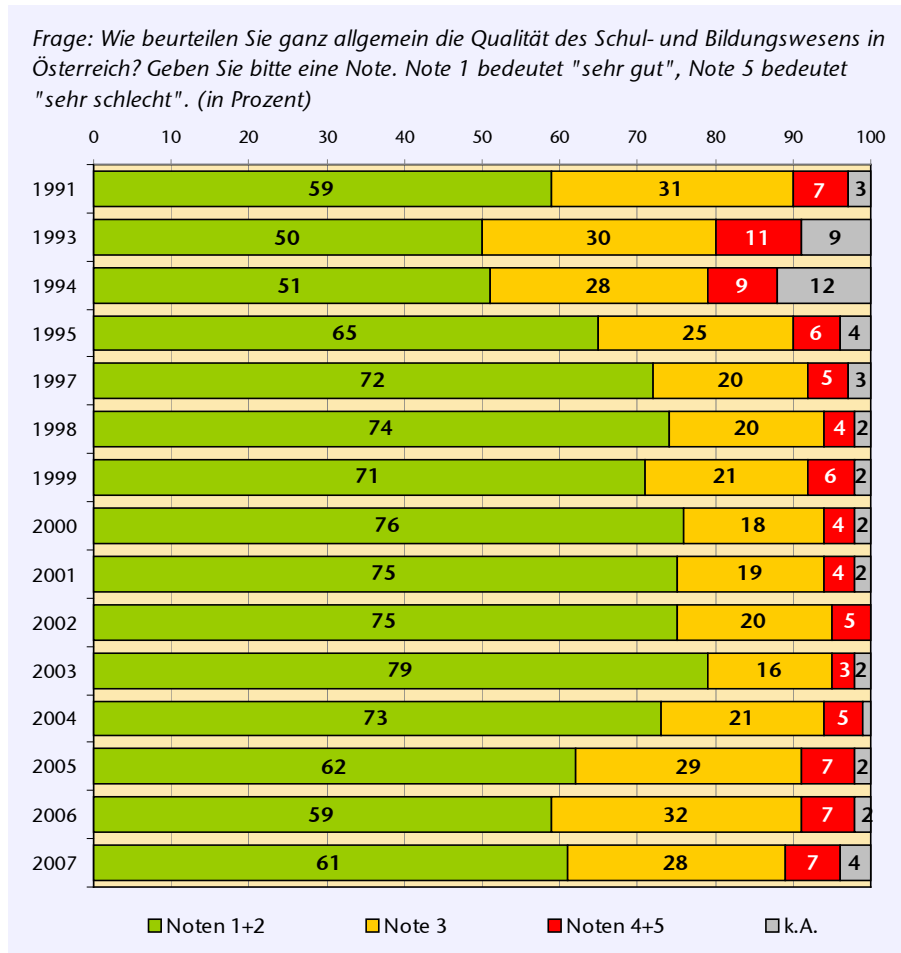


Abb. 1: Beurteilung der Qualität des österreichischen Schul- und Bildungswesens (Zeitverlauf)

Wie auch die nächstseitige Zeitreihengrafik mit den ausgewiesenen Mittelwerten illustriert, war das Image des österreichischen Bildungswesens in den frühen 90er-Jahren nicht sonderlich gut. Von 1997 bis zum Jahr 2003 bestätigten die Daten ein sehr hohes und stabiles Ansehen der Bildungsinstitutionen bei der Bevölkerung. In den Folgejahren zeichnete sich ein konstanter Negativtrend ab, der sich heuer erstmals wieder in eine leicht positive Richtung gewendet hat.

Beurteilung des Schul- und Bildungswesens im Zeitverlauf

Frage: Wie beurteilen Sie ganz allgemein die Qualität des Schul- und Bildungswesens in Österreich? (5-stufige Notenskala, 1 = "sehr gut", 5 = "sehr schlecht"; Mittelwerte)

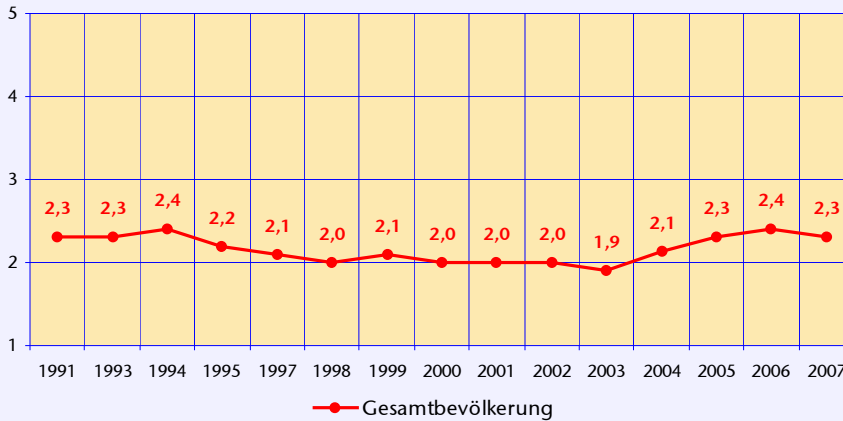


Abb. 2: Beurteilung des Schul- und Bildungswesens (Zeitverlauf, Mittelwerte)

Bei den einzelnen Bevölkerungssegmenten unterscheiden sich die Notenverteilungen nicht sonderlich stark. Etwas überdurchschnittliche Qualitätsvorbehalte haben die unter 30-Jährigen und die Befragten ab Matura (Durchschnittsnote jeweils 2,4).

Die Eltern von Schulkindern liegen bei ihrer Bewertung in etwa im Gesamtschnitt; etwas positiver fällt die Einstufung seitens der in der Stichprobe vertretenen Lehrkräfte (90 Personen) aus (2,1). Die Schülerinnen und Studierenden vergaben in Summe etwas schwächere Noten (Durchschnittsnote: 2,4).

So wie in den Jahren zuvor bildet sich bei der Beurteilung des Schul- und Bildungswesens ein signifikantes Gefälle zwischen den eher ländlichen Regionen und den Ballungsräumen ab. Die Wohnbevölkerung in den kleinen Gemeinden macht sich diesbezüglich ein besseres Bild (Mittelwert: 2,1) als jene in den größeren Städten und in Wien (Mittelwert: 2,4 – 2,5), wo die Schulen wohl auch mit größeren Herausforderungen konfrontiert sind.

1.2. Beurteilung der einzelnen Schul- bzw. Ausbildungsformen

So wie beim Schul- und Bildungswesen insgesamt gesehen bildet sich auch bei der Qualitätsbewertung der einzelnen Schulformen eine gegenüber dem Vorjahr positive Tendenz ab.

Nach wie vor am vergleichsweise besten beurteilt die Bevölkerung die Volksschulen und die berufsbildenden höheren Schulen. Die vergebenen Durchschnittsnoten belaufen sich auf 2,0. Auch das Image der AHS ist mit einer Durchschnittsnote von 2,1 ausgesprochen gut.

Demgegenüber leicht abgeschwächt, aber immer noch ganz passabel, ist das derzeitige Image der berufsbildenden mittleren Schulen, der Berufsschulen und der Sonderschulen, soweit man sich bei der letztgenannten Schulform ein Urteil zutraute (Durchschnittsnote: jeweils 2,2).

Die mit Abstand größten Imageprobleme haben unverändert die Hauptschulen und die Polytechnischen Schulen. Nur die Hälfte der Bevölkerung hat hinsichtlich der Hauptschulen den Eindruck einer hohen Qualität dieser Schulform. Die Durchschnittsnote von 2,5 liegt schon eher im negativen Skalenbereich. Noch ungünstiger wird die Qualität der Polytechnischen Schulen eingeschätzt: Lediglich 37 Prozent stufen dieselbe hoch ein – der Mittelwert von 2,7 rangiert schon klar im negativen Skalenspektrum.

Diese von der Bevölkerung vergebenen Zensuren bilden natürlich nicht die tatsächliche Qualität von Schulformen respektive der Arbeit der dort tätigen Lehrkräfte ab, die ja von mehrheitlich Außenstehenden schwer beurteilbar ist, sondern das Bild, das man sich von ihnen macht. Das Image der einzelnen Schulformen ist aber schon alleine deshalb relevant, weil es nicht nur die Schulwahl oder zumindest die Schulpräferenzen der Eltern und Kinder beeinflusst, sondern sich auch in Bezug auf den damit verbundenen Bildungsstatus der SchülerInnen positiv oder negativ auswirkt.

In der folgenden Grafik ist auch eine Bewertung der Qualität der österreichischen Fachhochschulen und der Universitäten angeführt. Deren Ansehen ist relativ hoch; die Durchschnittsnoten liegen zwischen 2,0 und 2,1.

Frage: Wie beurteilen Sie ganz allgemein die Qualität der folgenden Ausbildungsformen in Österreich? Geben Sie bitte eine Note. Note 1 bedeutet "sehr gut", Note 5 bedeutet "sehr schlecht". (in Prozent)

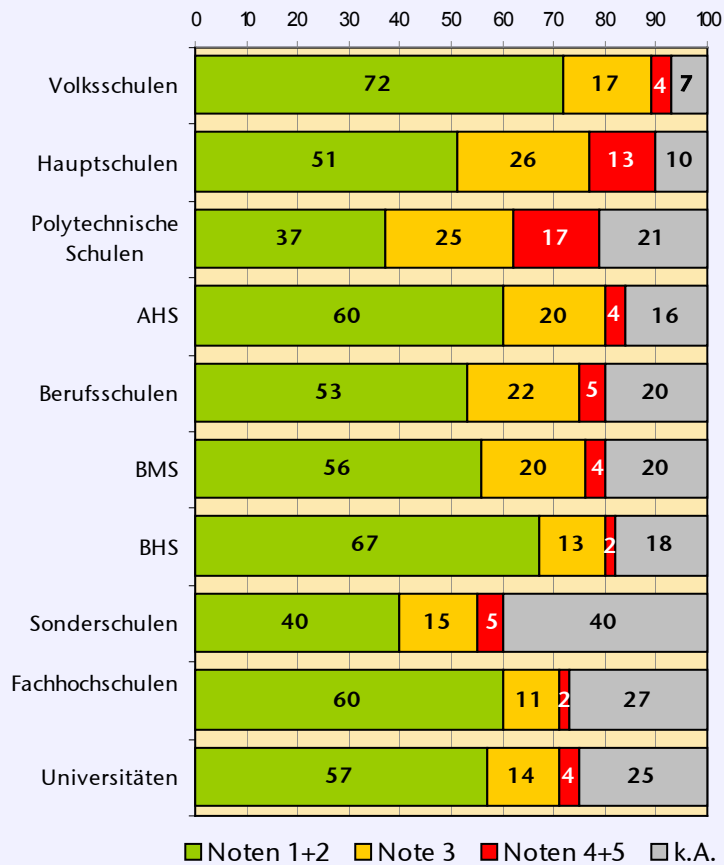


Abb. 3: Zur Qualität unterschiedlicher Ausbildungsformen

Aus der nachstehenden Zeitreihentabelle, die die Durchschnittsnoten auf Basis der Gesamtbevölkerung ausweist, ist ersichtlich, dass sich in Summe gegenüber dem letzten Jahr eine positive Tendenz abzeichnet.

Nichts verändert hat sich allerdings an der schwachen Qualitätseinschätzung der Hauptschulen. In Bezug auf die Polytechnische Schulform bildet sich zwar eine etwas günstigere Sichtweise als zuletzt ab, doch bestehen hier nach wie vor größere Qualitätsbedenken.

Allgemeine Beurteilung der Schulformen im Zeitverlauf

(Basis: Gesamtbevölkerung; Mittelwerte der 5-stufigen Skala von 1 = „sehr gut“ bis 5 = „sehr schlecht“)

	1993	1995	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Schul- und Bildungswesen allgemein	2,3	2,2	2,1	2,0	2,1	2,0	2,0	2,0	1,9	2,1	2,3	2,4	2,3
Volksschulen	2,1	2,0	1,9	1,9	1,9	1,9	1,9	1,9	1,8	1,9	2,1	2,1	2,0
Hauptschulen	2,5	2,4	2,3	2,3	2,3	2,2	2,2	2,2	2,1	2,3	2,4	2,5	2,5
Polytechnische Schule	*	*	*	*	*	2,5	2,5	2,5	2,5	2,6	2,8	2,9	2,7
AHS	2,3	2,2	2,0	2,0	2,1	2,0	2,0	2,0	2,0	2,2	2,2	2,2	2,1
Berufsschulen	2,4	2,3	2,3	2,2	2,3	2,1	2,1	2,1	2,1	2,2	2,3	2,3	2,2
BMS	2,2	2,1	2,0	2,0	2,1	2,0	1,9	2,0	2,0	2,1	2,2	2,2	2,2
BHS	2,1	2,0	1,9	1,8	1,9	1,8	1,8	1,8	1,8	1,9	2,0	2,0	2,0
Sonderschulen	2,4	2,3	2,2	2,2	2,3	2,1	2,1	2,1	2,1	2,3	2,3	2,4	2,3
Fachhochschulen	*	*	*	*	*	*	1,8	1,8	1,8	1,9	2,0	2,0	2,0
Universitäten	*	*	*	*	*	*	2,0	2,0	2,0	2,2	2,2	2,3	2,1

* nicht erhoben

Abb. 4: Allgemeine Beurteilung der Schulformen (Zeitverlauf)

Von der hohen Qualität der Volksschulen sind alle statistisch ausgewerteten Sozialgruppen bzw. Bevölkerungssegmente mit nur geringen Abweichungen überzeugt. Dasselbe gilt auch für die berufsbildenden höheren Schulen.

Auf einem schon etwas niedrigerem Level ist dies auch bei den berufsbildenden mittleren Schulen, bei den Berufsschulen und bei den Sonderschulen konstatierbar. Nur die ‚obere‘ Bildungsschicht (ab Matura) gibt da signifikant schwächere Noten (2,3 – 2,4). Dies gilt hinsichtlich der Berufsschulen auch für die befragten SchülerInnen.

Auf durchgängig nur schwache Imagewerte kommen so wie schon in den letzten Jahren die Polytechnischen Schulen.

Bei der Hauptschule und der AHS, also jenen beiden Schulformen, die im Zentrum der aktuellen Reformdiskussionen rund um eine gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen stehen, zeigt sich folgendes Bild:

Die AHS hat bei allen Bevölkerungsgruppen ein hohes Ansehen – also auch bei der an und für sich eher kritischeren ‚oberen‘ Bildungsschicht sowie bei den Bewohnern des urbanen Raums. Die Hauptschule wird umgekehrt noch am ehesten von den ‚unteren‘ Bildungs- und Sozialschichten positiv beurteilt, aber selbst die Pflichtschul- und LehrabsolventInnen, die diese Schulform im Regelfall selbst absolviert haben, vergeben hier keine bessere Durchschnittsnote als 2,3. Noch etwas positivere Qualitätsnoten erhält die Hauptschule nur von der ländlichen Bevölkerung in den kleinen Gemeinden bis 2000 Einwohner (Durchschnittsnote: 2,2). Aber auch dort wird die AHS besser bewertet (2,0).

Bei der Hauptschule differieren die Qualitätseinschätzungen bei den einzelnen Bevölkerungsgruppen und je nach Region ungleich stärker, als dies bei der AHS der Fall ist. Wie die folgende Tabelle zeigt, haben die vergleichsweise größten Vorbehalte gegen diese Schulform die unter 30-Jährigen, Personen ab Matura, die Schüler und Studierenden sowie die urbane Wohnbevölkerung und insbesondere die WienerInnen. Die befragten LehrerInnen und in Summe auch die Eltern von Schulkindern liegen bei ihrer Bewertung hingegen in etwa im Gesamtschnitt (eine Ausnahme bilden Eltern von SchülerInnen, die eine AHS besuchen – sie beurteilen die HS mit der Durchschnittsnote von 2,8 – also besonders schlecht). Selbst die in der Stichprobe vertretenen Personen mit Migrationshintergrund (und für eine Interview ausreichenden Deutschkenntnissen) haben gegenüber der Hauptschule erhöhte Vorbehalte. Die Qualität der AHS wird von fast allen Bevölkerungssegmenten gleichermaßen positiv bewertet.

Beurteilung der Qualität der Hauptschule und der AHS

(Basis: Gesamtbevölkerung; Mittelwerte der 5-stufigen Skala von 1 = „sehr gut“ bis 5 = „sehr schlecht“)

	Hauptschulen	AHS
Gesamt	2,5	2,1
Geschlecht		
Männer	2,4	2,1
Frauen	2,5	2,2
Alter		
15 bis 29 Jahre	2,6	2,1
30 bis 44 Jahre	2,5	2,1
45 bis 59 Jahre	2,4	2,1
ab 60 Jahre	2,3	2,1
Schulbildung		
Pflichtschule ohne Ausbildung	2,3	2,1
Pflichtschule mit Lehre	2,4	2,1
Fachschule	2,3	2,1
Matura/Hochschule	2,8	2,2
Soziale Schicht		
A	2,8	2,2
B	2,5	2,2
C	2,4	2,1
D	2,5	2,2
E	2,2	2,0
Schulpartner		
Eltern	2,4	2,1
Lehrkräfte	2,4	2,1
SchülerInnen	2,7	2,1
Migrationshintergrund		
ja	2,6	2,1
nein	2,4	2,1
Gemeindegröße		
bis 2.000 Einwohner	2,2	2,0
bis 5.000 Einwohner	2,3	2,3
bis 50.000 Einwohner	2,3	2,0
bis 300.000 Einwohner	2,5	2,2
Wien	3,1	2,2

Abb. 5: Beurteilung der HS und der AHS

2. Das Image der LehrerInnen

Noch viel deutlicher als die Qualitätsbewertung des österreichischen Bildungswesens und einzelner Schulformen hat sich gegenüber dem Vorjahr das Image der Lehrerinnen und Lehrer verbessert. Deren Ansehen ist seit dem Jahr 2002 kontinuierlich rückläufig ausgefallen und hat im letzten Jahr den bisherigen Tiefpunkt erreicht.

Derzeit meinen 47 Prozent der Befragten, dass dieser Berufsstand ein (sehr) hohes Ansehen hat – dies ist gegenüber dem Vorjahr ein ganz beachtlicher Zuwachs von 10 Prozentpunkten. Der Großteil der Restgruppe vergab die bei fünfstufigen Notenskalen schon eher mäßige Note 3.

Auch für diesen günstigen Trend gibt es keine andere bzw. plausible Erklärung, als die, wonach sich die rezenten Reformambitionen seitens des Unterrichtsministeriums bzw. die gegenwärtige schulbezogene Diskursdynamik auch auf das Image der LehrerInnen positiv auswirkt.

Die Lehrkräfte selbst sehen die Sache freilich anders. Von ihnen stuften lediglich 27 Prozent das Ansehen ihrer Berufsgruppe positiv ein; ebenso viele vergaben hier negative Noten. Die Hälfte wählte die mittlere Note 3. Die Durchschnittsnote von 2,9 deckt sich mit jener des Vorjahres und liegt klar im negativen Skalenbereich. Vor allem seit der Veröffentlichung der PISA-Ergebnisse ist bei den LehrerInnen eine beachtliche Verunsicherung zu konstatieren, die bis dato anhält.

Die Eltern von SchülerInnen liegen bei ihrer Bewertung hingegen in etwa im Gesamtschnitt (Durchschnittsnote: 2,5)

Die folgende Zeitreihengrafik illustriert die Einschätzung des Ansehens der Lehrkräfte an den Schulen auf Basis der Gesamtbevölkerung:

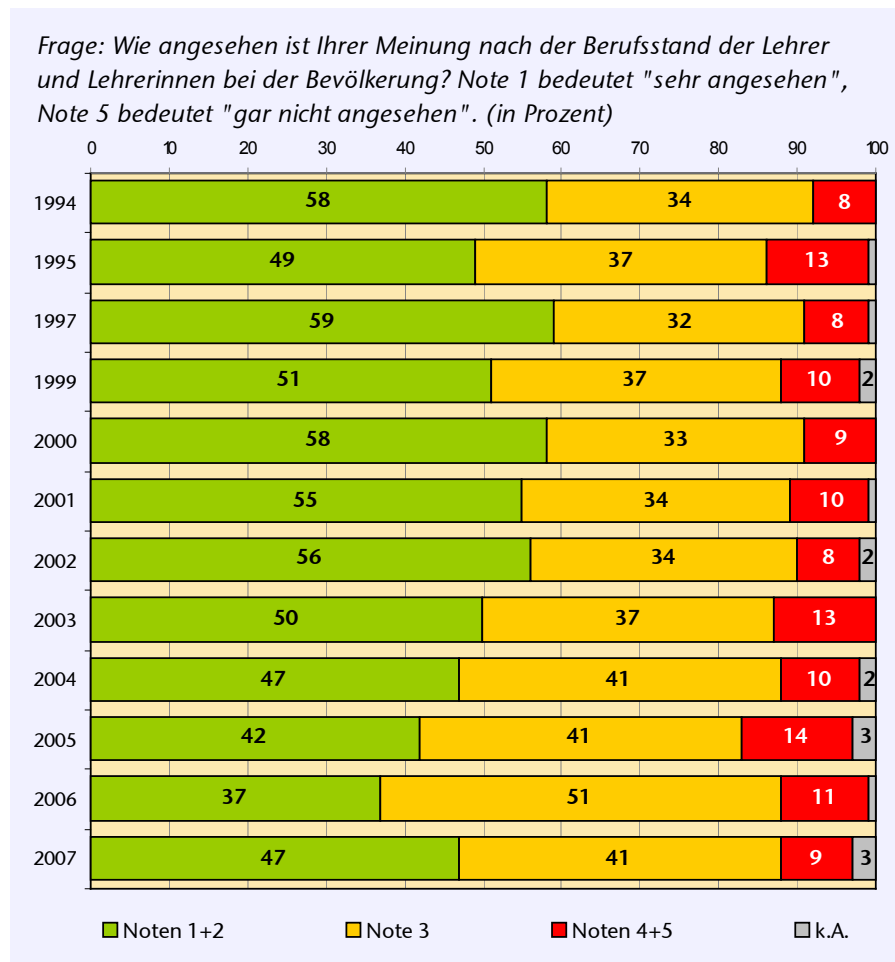


Abb. 6: Einschätzung des Ansehens der LehrerInnen (Zeitverlauf)

Aus der Mittelwert-Zeitreihe ist ebenfalls die Trendumkehr ablesbar; zugleich zeigt sich, dass das Image der Lehrkräfte vor fünf Jahren noch deutlich besser war.

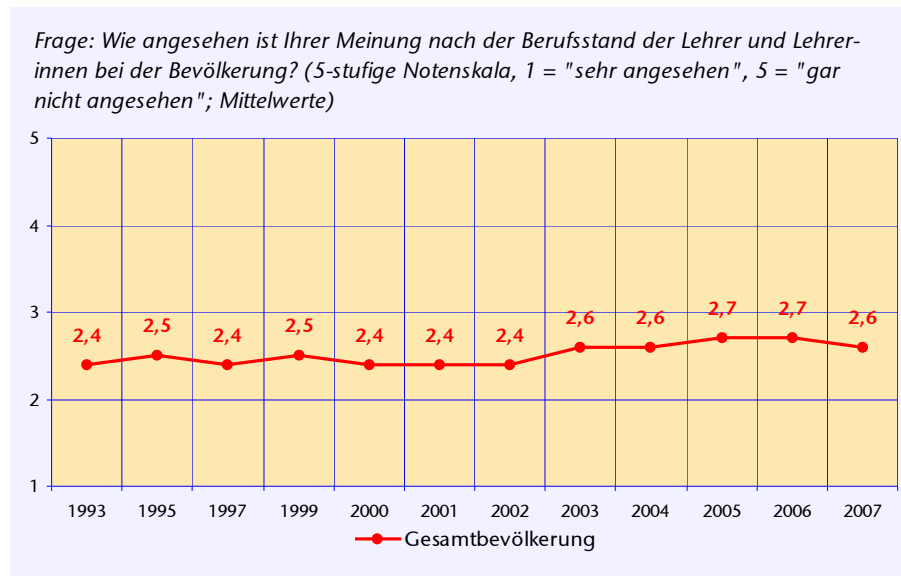


Abb. 7: Einschätzung des Ansehens der LehrerInnen (Zeitverlauf, Mittelwerte)

3. Herausforderungen an die Schule

3.1. Wie gut kommt die Schule mit speziellen Herausforderungen zurecht?

Ein konstanter Bestandteil dieser Langzeitstudie ist die mittels einer fünfstufigen Notenskala erhobene Frage, wie gut die Schule mit einer Reihe an sie gestellter Herausforderungen fertig wird. Konkret geht es dabei seit Anbeginn des Monitorings um die folgenden Bereiche:

- Integration von Kindern mit nicht-deutscher Muttersprache
- Integration von behinderten Kindern
- Aufklärung über Suchtmittel und Drogen
- Betreuung von schwierigen bzw. verhaltensauffälligen Kindern
- Förderung hochbegabter sowie weniger begabter Kinder
- Lehrplanveränderung bzw. Reduzierung des Lehrstoffes
- Vermittlung von Chancengleichheit für Mädchen und Burschen

Im letzten Jahr wurde erstmals auch der Problembereich „Gewalt und Aggression zwischen den Jugendlichen in den Schulen“ abgefragt.

Am schwersten tut sich die Schule nach Ansicht der Bevölkerung bei den folgenden zwei miteinander zusammenhängenden Bereichen:

- mit der Gewalt und Aggression zwischen den Jugendlichen
- mit der Betreuung von verhaltensauffälligen Kindern

Schwierig gestaltet es sich nach Ansicht der Bevölkerung für die Schulen respektive für die Lehrer und Lehrerinnen auch, die folgenden Herausforderungen positiv zu bewältigen:

- die Lehrplanveränderung zur Reduzierung des Lehrstoffes
- die Integration von Kindern mit nicht-deutscher Muttersprache
- die Förderung von weniger begabten und von höher begabten SchülerInnen
- die Suchtprävention

Die Mehrzahl dieser Problemaspekte liegt freilich nicht im unmittelbaren Zuständigkeitsbereich der Bildungsinstitutionen selbst, sondern kommt sozusagen von außen in die Schulen hinein.

Relativ gut bewältigt die Schule in den Augen der Bevölkerung die beiden folgenden Aufgaben:

- der Integration von behinderten Kindern
- der Chancengleichheit-Vermittlung für Mädchen und Burschen

Die Durchschnittsnoten belaufen sich bei den beiden als am schwierigsten eingestuften Problembereichen „Gewalt“ und „Verhaltensauffälligkeit“ auf 2,8 bis 3,0 und liegen damit schon deutlich im negativen Skalenspektrum.

Bei den ebenfalls durchaus großen Herausforderungen der individuellen Förderung von Schulkindern, der Suchtprävention, der Integration von Kindern mit Migrationshintergrund sowie der Lehrplanfokussierung bewegen sich die Mittelwerte zwischen 2,5 und 2,7. Auch das sind nur mäßig gute Einstufungen.

Von allen abgefragten Bereichen kommt die Schule aus der Sicht der Österreicherinnen und Österreicher am vergleichsweise besten mit der Vermittlung der Chancengleichheit von Mädchen und Burschen zurecht (siehe dazu auch Kap. 6). Rund die Hälfte der Befragten gab hier (sehr) gute Noten; lediglich 6 Prozent meinen, dass dieser Aspekt im Schulalltag viel zu kurz kommt. Der Mittelwert von 2,3 liegt schon klar im positiven Skalenspektrum. Hier ist freilich auch zu berücksichtigen, dass die Gender-Thematik im Gegensatz zu vielen der anderen abgefragten Bereiche weder im Mittelpunkt der medialen Schulberichterstattung steht noch vermutlich ein „Thema“ der SchülerInnen bei allfälligen häuslichen Schilderungen ihres Schulalltags ist.

Die folgende Grafik weist die entsprechenden Notenverteilungen der letzten fünf Jahre aus (der Aspekt der „Gewalt und Aggression“ wird in einer eigenen Grafik dargestellt). Dabei zeigt sich, dass sich bei einigen abgefragten Bereichen aktuell eine etwas günstigere Sicht der Dinge manifestiert. Dabei lässt sich allerdings nicht wirklich sagen, ob die diesbezügliche Problemlösungskapazität der Schule nun höher eingestuft wird als noch im Vorjahr oder ob einige dieser Themen nur deshalb etwas weniger kritisch betrachtet werden, weil sie nicht im Fokus der laufenden Reformdebatten stehen. Letzteres trifft jedenfalls nicht auf den wichtigen Punkt der „Förderung von weniger begabten Kinder“ zu, der im Kontext mit der geplanten verstärkten individuellen Förderung der SchülerInnen ganz zentral diskutiert wird.

Frage: Die Schule ist mit einer Reihe von Herausforderungen konfrontiert. Sagen Sie mir bitte zu den folgenden Punkten, wie gut oder schlecht die Schule im Allgemeinen damit fertig wird. Note 1 = "sehr gut", Note 5 = "sehr schlecht". (Basis: Gesamtbevölkerung; in Prozent)

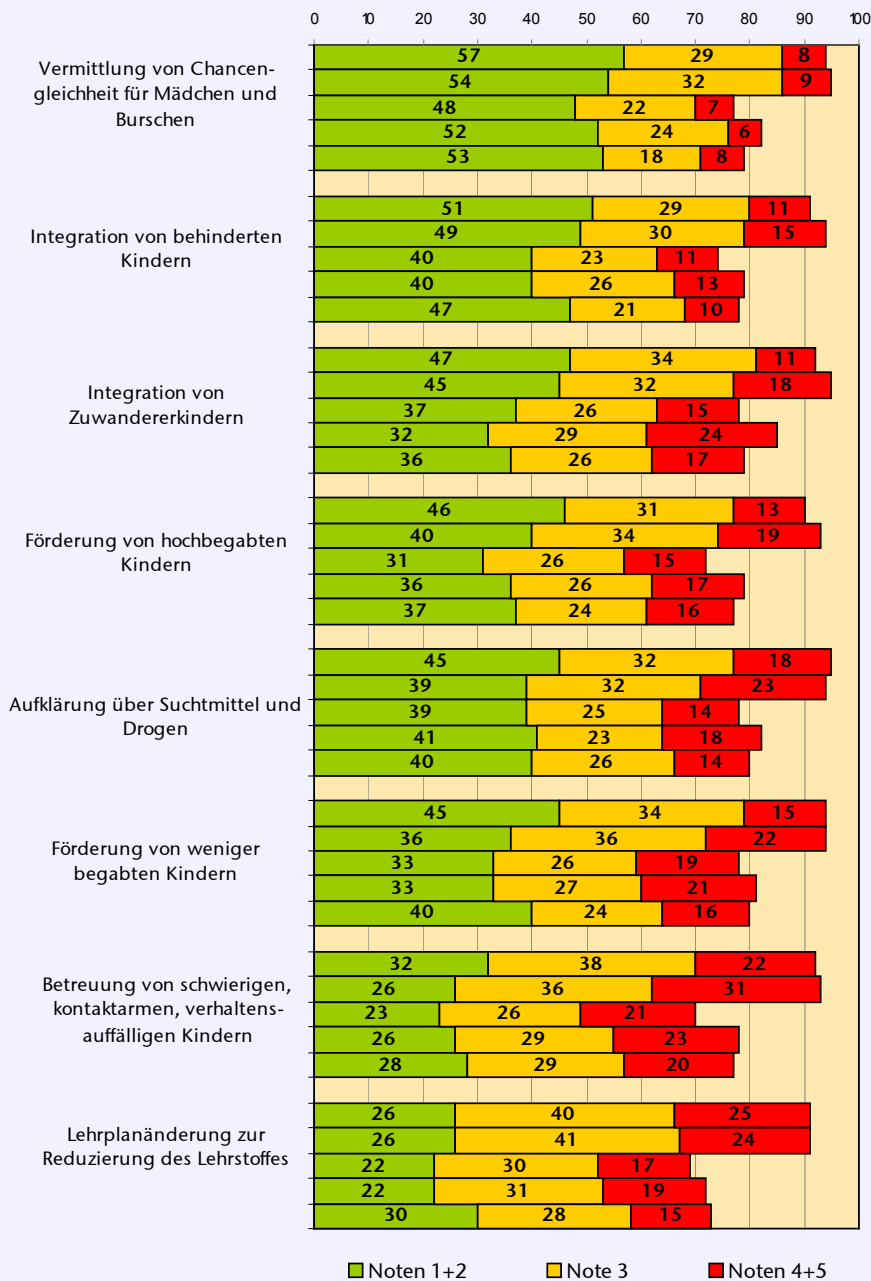


Abb. 8: Bewältigung der an die Schule gestellten Herausforderungen

Die Einschätzung der Größe dieser Herausforderungen weicht bei den drei Schulpartnern (LehrerInnen, SchülerInnen und Eltern) zum Teil etwas voneinander ab. Die im Folgenden angeführten Durchschnittsnoten bzw. Mittelwerte basieren auf einer Skala von 1 bis 5 (1 = „die Schule wird damit sehr gut fertig“, 5 = „die Schule wird damit sehr schlecht fertig“).

Die an den Schulen betriebene Suchtmittel-Aufklärung und Suchtprävention wird von allen drei Schulpartnern überdurchschnittlich positiv wahrgenommen. Die vergebenen Durchschnittsnoten liegen bei den SchülerInnen sowie bei den Eltern von Schulkindern bei 2,4 und bei den Lehrkräften bei 2,3.

In Bezug auf die schulische Integration von Zuwanderer-Kindern mit nicht-deutscher Muttersprache haben die Schülerinnen und die Eltern von Schulkindern - auch jene Eltern von Schulkindern, in deren Klasse SchülerInnen mit einem Migrationshintergrund sind - einen etwas besseren Eindruck (2,4 – 2,5) als jene, deren Urteile sich eher aus Medienberichten speisen (2,7). Die befragten Lehrkräfte vergaben die mittlere Note von 2,6. Im Vorjahr wurden hier noch deutlich schlechtere Noten vergeben.

Vor allem bei den Eltern von SchülerInnen dominiert der Eindruck, dass es der Schule gut gelingt, die Integration von behinderten Kindern zu bewerkstelligen (2,3). Die SchülerInnen signalisieren da etwas mehr Vorbehalte (2,5); die Lehrkräfte selbst liegen innerhalb dieser eher engen Bewertungsbandbreite.

Hinsichtlich einer weiteren Lehrstoff-Reduzierung decken sich die Einschätzungen der drei Schulpartner weitgehend. Bei allen Gruppen hat diese Thematik gegenüber den letzten Jahren deutlich an Relevanz abgenommen.

Bei der Bewertung der Fördermaßnahmen liegen die Eltern im Gesamtschnitt, sowohl was die Förderungen der weniger begabten als auch jene der hochbegabten Kinder betrifft. Die SchülerInnen halten die derzeitigen individuellen Förderungen der leistungsschwächeren Kinder in überdurchschnittlichem Maße für unzureichend (2,7), während die Lehrkräfte eher Förderdefizite bei den höher begabten Schulkindern sehen (2,9). Ungeachtet der etwas unterschiedlichen Sichtweisen gehen alle drei Schulpartner davon aus, dass es sinnvoll wäre, die individuelle Förderung von Schulkindern auszubauen (siehe dazu auch Kap. 5.)

Hinsichtlich der schulischen Vermittlung einer Chancengleichheit zwischen den Mädchen und den Burschen haben vor allem die Lehrkräfte das Gefühl, gute Arbeit zu leisten (2,0). Aber auch die befragten SchülerInnen und die Eltern von Schulkindern haben mehrheitlich den Eindruck, dass die Schule hier durchaus erfolgreich ist (2,2 – 2,3).

Die folgenden Grafiken veranschaulichen die von der Gesamtbevölkerung und von den Eltern von Schulkindern vergebenen Durchschnittsnoten im Zeitverlauf, wobei Letztere tendenziell immer etwas günstiger ausgefallen sind.

Die Zeitreihen illustrieren auch, dass den Schulen in Hinblick auf die meisten abgefragten Herausforderungen ein höheres Problemlösungspotenzial beigemessen wird als dies noch im Vorjahr der Fall gewesen ist.

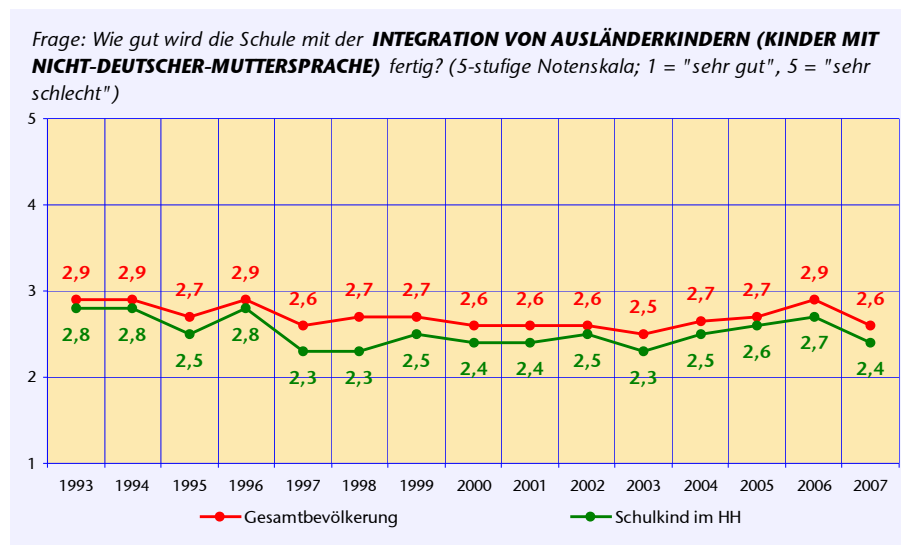


Abb. 9: Integration von Kindern mit nicht-deutscher Muttersprache (MW; Zeitverlauf)

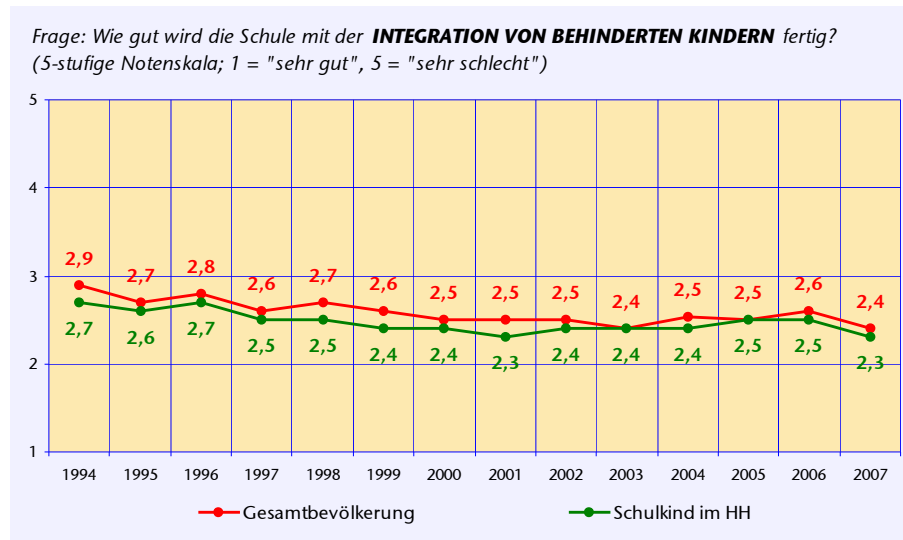


Abb. 10: Integration von behinderten Kindern (MW; Zeitverlauf)

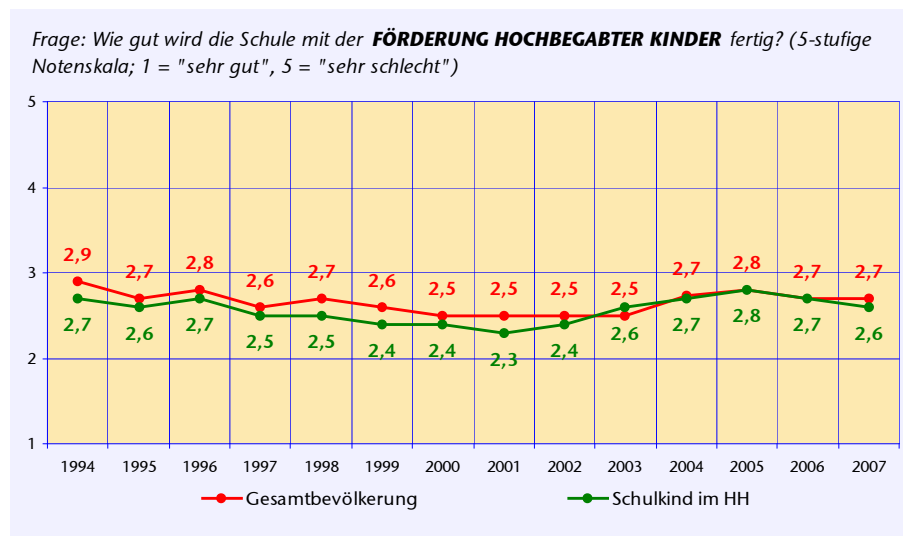


Abb. 11: Förderung hochbegabter Kinder (MW; Zeitverlauf)

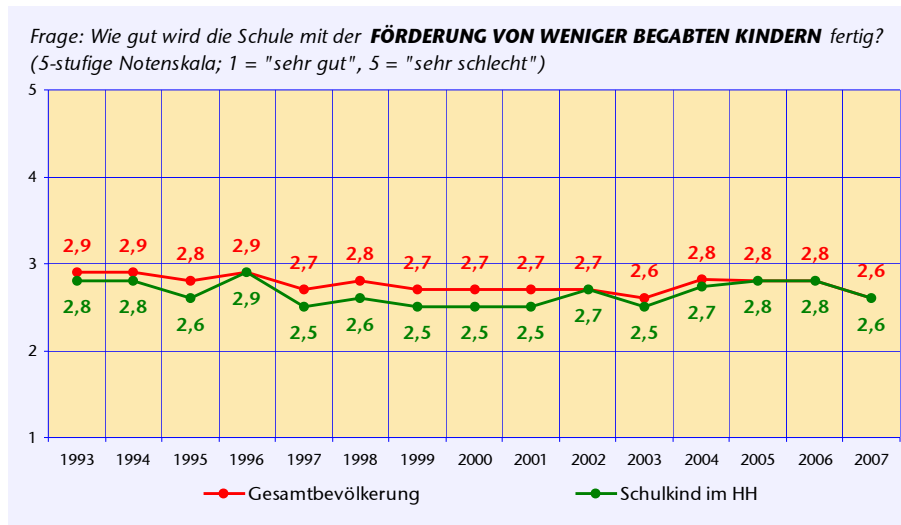


Abb. 12: Förderung von weniger begabten Kindern (MW; Zeitverlauf)

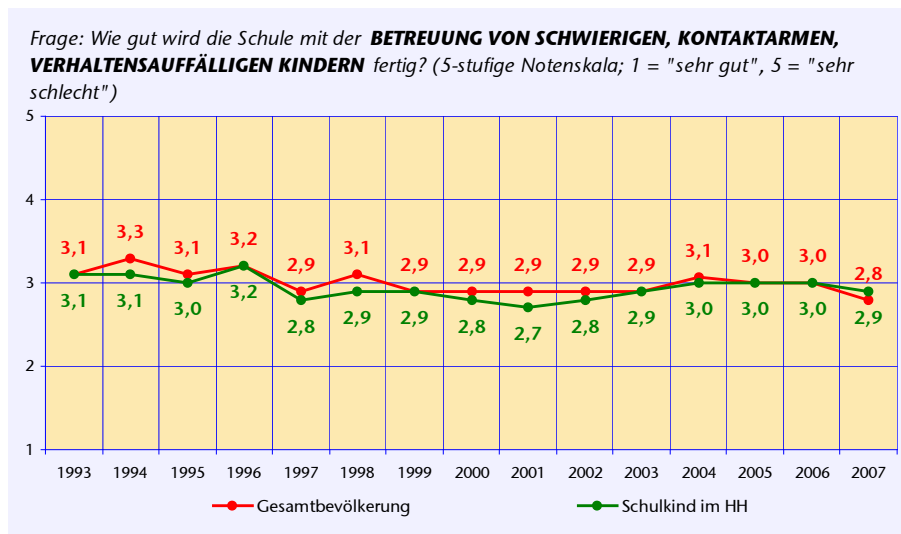


Abb. 13: Betreuung von "schwierigen Kindern" (MW; Zeitverlauf)

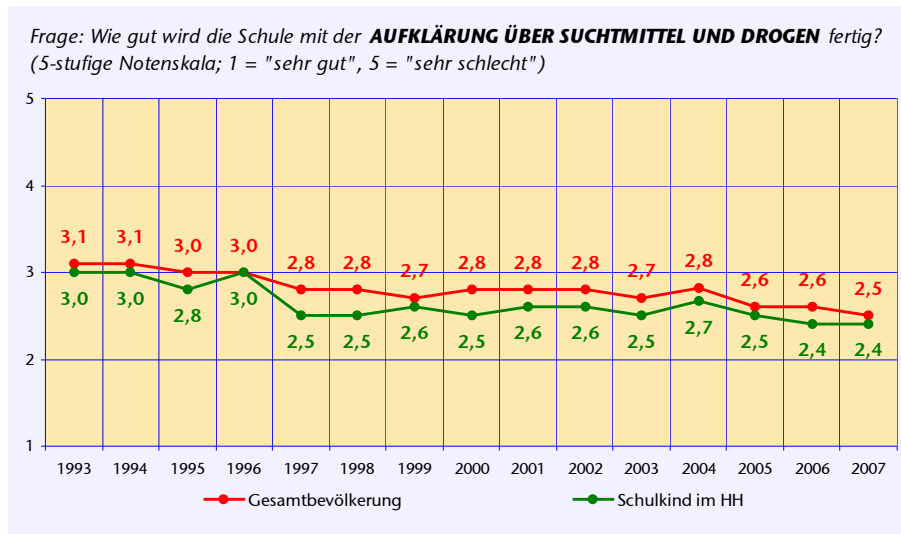


Abb. 14: Aufklärung über Suchtmittel und Drogen (MW; Zeitverlauf)

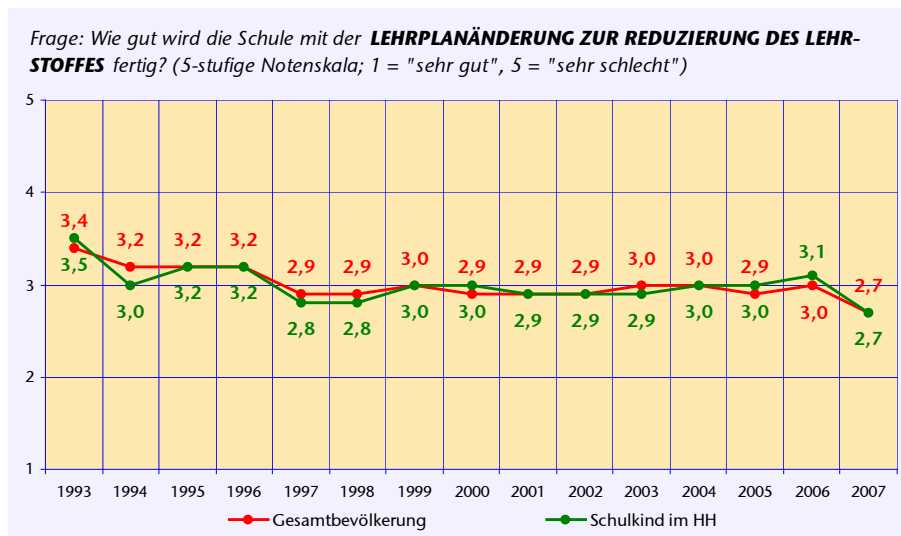


Abb. 15: Lehrplanveränderung (Lehrstoffreduzierung) (MW; Zeitverlauf)

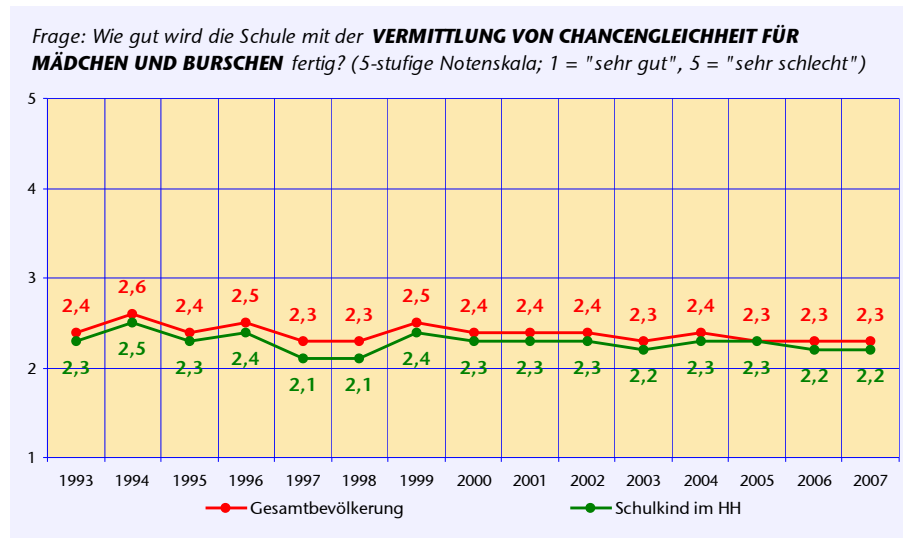


Abb. 16: Chancengleichheit für Mädchen und Burschen (MW; Zeitverlauf)

Als besonderen Problembereich erachtet die Bevölkerung die Gewalt und Aggression zwischen Jugendlichen in den Schulen. Dem stimmen mit nur leichten Abstrichen auch die Eltern, die SchülerInnen und die Lehrkräfte zu. Nur rund jeweils ein Drittel der Schulpartner meint, dass die Schule damit gut fertig wird.

Die hohe Brisanz einschätzung dieser Thematik beschränkt sich keineswegs auf den urbanen Raum – auch in den kleineren Gemeinden und in den mittleren Städten haben viele das Gefühl, dass die Schulen angesichts dieses von außen an sie herangetragen und womöglich weiter zunehmenden Problembereichs eher überfordert sind.

Die folgende Grafik bildet die entsprechenden Einschätzungen der drei Schulpartner ab. Gegenüber dem Vorjahr hat sich hier nur wenig verändert.

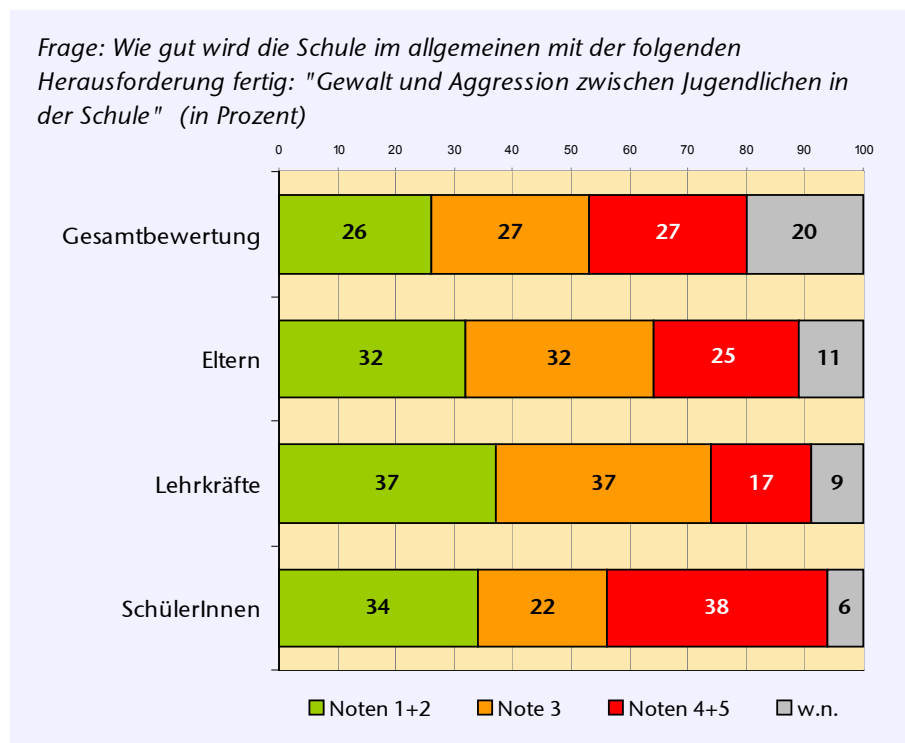


Abb. 17: Schulische Herausforderung: Gewalt und Aggression

3.2. Handlungsbedarf der Schulen

Die Befragten sollten in diesem Zusammenhang auch wieder angeben, welche dieser Herausforderungen aus ihrer Sicht die drei wichtigsten sind bzw. wo sich die Schulen da noch mehr als bisher einsetzen sollten.

Die mit Abstand höchsten Antwortquoten beziehen sich wie im Vorjahr auf die Suchtvorbeugung und auf Maßnahmen bzw. Strategien gegen die Gewalt zwischen den Jugendlichen respektive zur Verhinderung gewalttätiger Auswüchse an unseren Schulen. Jeweils mehr als die Hälfte der Bevölkerung meint, dass die Schulen hier besonders gefordert sind.

Gegenüber diesen für unsere Gesellschaft und die Zukunft der Jugendlichen grundlegenden sozialen und gesundheitlichen Aspekten stehen natürlich alle schulischen Fördermaßnahmen etwas im Schatten. Daraus lässt sich freilich nicht ableiten, dass man sich diesbezüglich von der Schule nicht verstärkte Anstrengungen und Angebote erwartet. Rund drei von zehn Befragten zählten zu den drei wichtigsten Punkten eine intensivere Förderung der schwächeren bzw. der weniger begabten Schulkinder und knapp ebenso viele eine individuellere Betreuung von kontaktarmen bzw. schwierigen Kindern. Ein Fünftel nannte hier einen Ausbau der Betreuung von zugewanderten SchülerInnen.

Die folgende Grafik bildet die aktuellen Antwortquoten ab:

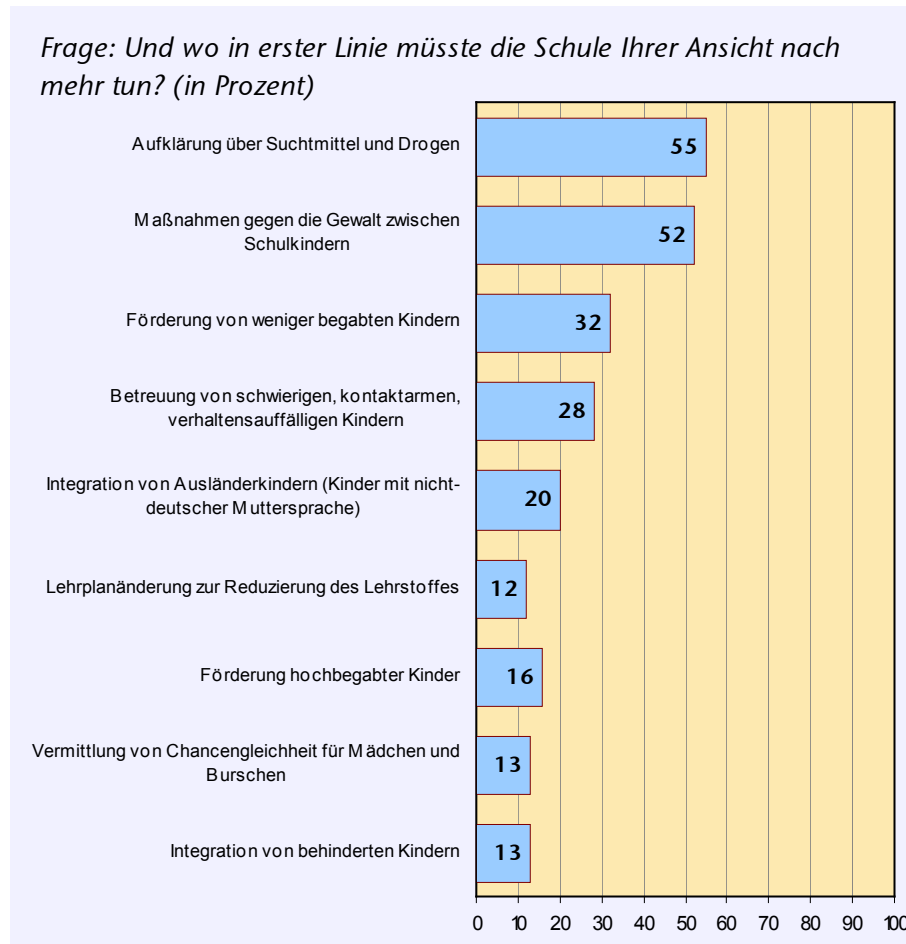


Abb. 18: Zu forcierende Aufgabenbereiche der Schule

Wie sich aus der nachstehenden Zeitreihentabelle ersehen lässt, entfielen auf die Drogen- bzw. Suchtmittelprävention immer schon sehr hohe Nennungsanteile. Die Frage der Gewalt und Aggression von Kindern an den Schulen wurde erst im Vorjahr implementiert; hier sind die Antwortquoten aktuell sogar noch leicht angestiegen.

Seit einigen Jahren rückläufig ist die Forderung nach einer weiteren Lehrstoffreduzierung. Bei allen übrigen Punkten bilden sich keine klaren Tendenzen in die eine oder andere Richtung ab.

Frage: Und wo in erster Linie müsste die Schule Ihrer Ansicht nach mehr tun? (max. 3 Nennungsmöglichkeiten, Basis: Gesamtbevölkerung, in Prozent)

Ergebnisse im Zeitvergleich	
	1993 1994 1995 1996 1997 1998 1999 2000 2001 2002 2003 2004 2005 2006 2007
Aufklärung über Suchtmittel und Drogen	38 46 37 50 57 43 47 52 46 46 42 47 44 50 55
Betreuung von schwierigen, kontaktarmen, verhaltensauffälligen Kindern	19 28 26 30 31 26 29 30 29 31 31 33 31 27 28
Förderung weniger begabter Kinder	14 24 20 28 32 24 28 30 29 28 26 31 38 31 32
Lehrplanveränderung, Lehrstoffreduzierung	* 21 26 28 25 22 28 28 24 22 25 22 21 17 12
Integration von behinderten Kindern	* 21 16 24 21 17 15 16 16 16 14 14 20 14 13
spezifische Förderung hochbegabter Kinder	8 14 13 14 16 14 14 15 14 15 17 18 20 16 16
Integration von Ausländerkindern	16 12 9 13 12 8 9 13 15 13 15 16 19 23 20
Vermittlung von Chancengleichheit für Mädchen und Burschen	5 11 10 12 13 9 10 12 11 11 13 12 15 15 13
Maßnahmen gegen Gewalt zwischen Schulkindern	* * * * * * * * * * * * * 46 52

* nicht erhoben

Abb. 19: Zu forcierende Aufgabenbereiche der Schule (Zeitverlauf)

Die Eltern von Schulkindern wünschen sich in einem überdurchschnittlichem Maße eine intensivierete Förderung von weniger begabten Kindern (41 %).

Dies trifft auch bei den SchülerInnen zu (43 %). Besonders hoch sind bei dieser Gruppe die sich auf die Gewalteinämmung beziehenden Antworten (62 %).

Die in der Stichprobe vertretenen Lehrkräfte meinen zu überdurchschnittlichen Anteilen, dass die Schule einerseits vermehrte Anstrengungen bei der Betreuung von verhaltensauffälligen Kindern leisten müsste (41 %) und andererseits auch eine bessere Betreuung von Kindern mit nicht-deutscher Muttersprache anbieten sollte.

Vor allem in Wien erwartet man sich eine intensivierete Betreuung von jenen zugewanderten Kindern, die nicht ausreichend Deutsch können (33 %). Ebenso hoch sind die diesbezüglichen Nennungsanteile seitens derer, die selbst einen Zuwanderungshintergrund haben.

3.3. Eltern-Einschätzung der Situation in Klassen mit SchülerInnen mit Migrationshintergrund

Diesmal wurden die Eltern von Schulkindern, in deren Klasse auch zugewanderte MitschülerInnen sind, gefragt, ob und inwiefern sich solcherart gemischte Klassen aus ihrer Sicht auf das Klassenklima und den Schulalltag auswirken.

Sieben von zehn Elternteilen gaben an, dass sich in der Klasse ihrer Kinder auch MitschülerInnen aus anderen Herkunftsländern befinden. In der Mehrzahl der Fälle handelt es sich dabei nur um vereinzelte bzw. wenige Kinder; insgesamt ein Viertel bestätigte, dass relativ viele Zuwandererkinder in der Klasse sind.

In Wien gibt es kaum Schulklassen, in welchen nur "einheimische" Kinder unterrichtet werden. Rund drei von zehn Befragten gaben an, dass vereinzelt Zuwandererkinder in der Klasse seien, 35 Prozent sprachen von relativ vielen und 20 Prozent von sehr vielen. Aber selbst in den kleinen Gemeinden bestätigten rund 60 bis 70 Prozent der Eltern, dass in der Klassengemeinschaft auch MitschülerInnen mit einem Migrationshintergrund sind.

In den Volksschulen und in den Hauptschulen bzw. im Pflichtschulbereich ist der Anteil erwartungsgemäß überdurchschnittlich hoch; in den höheren bzw. weiterführenden Schulen etwas geringer.

Frage: Gibt es in der Klasse Ihres Kindes bzw. Ihres jüngsten Kindes, das zur Schule geht, auch Schulkinder mit einem Zuwanderungshintergrund – die also selbst oder deren Eltern aus dem Ausland zugezogen sind? (Basis: Schulkinder im HH, n=453)

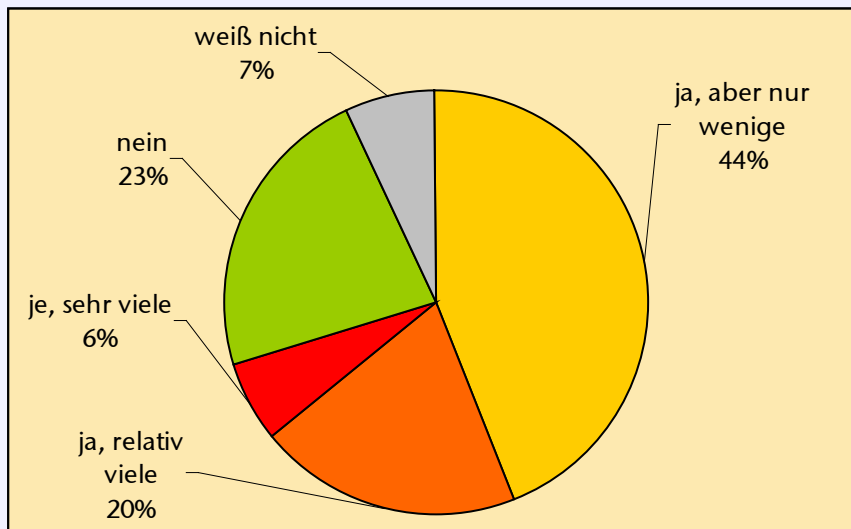


Abb. 20: Schulkinder mit Zuwanderungshintergrund

In den meisten Fällen handelt es sich um Kinder, die bzw. deren Eltern aus dem ehemaligen Jugoslawien und aus der Türkei zugewandert sind. Immerhin ein Fünftel der Befragten gab zu Protokoll, dass es sich bei den Herkunftsländern (auch) um ehemalige osteuropäische Staaten handelt; 16 Prozent sprachen von asiatischen oder afrikanischen Zuwanderern.

Die aus dem ehemaligen Jugoslawien und aus der Türkei Zugewanderten bilden in allen Bundesländern und Gemeindegrößen die mit Abstand größten Gruppen.

Frage: Aus welchen Ländern kommen diese Mitschüler/innen?
(Zuwandererkinder in Klasse, n=316; in Prozent)

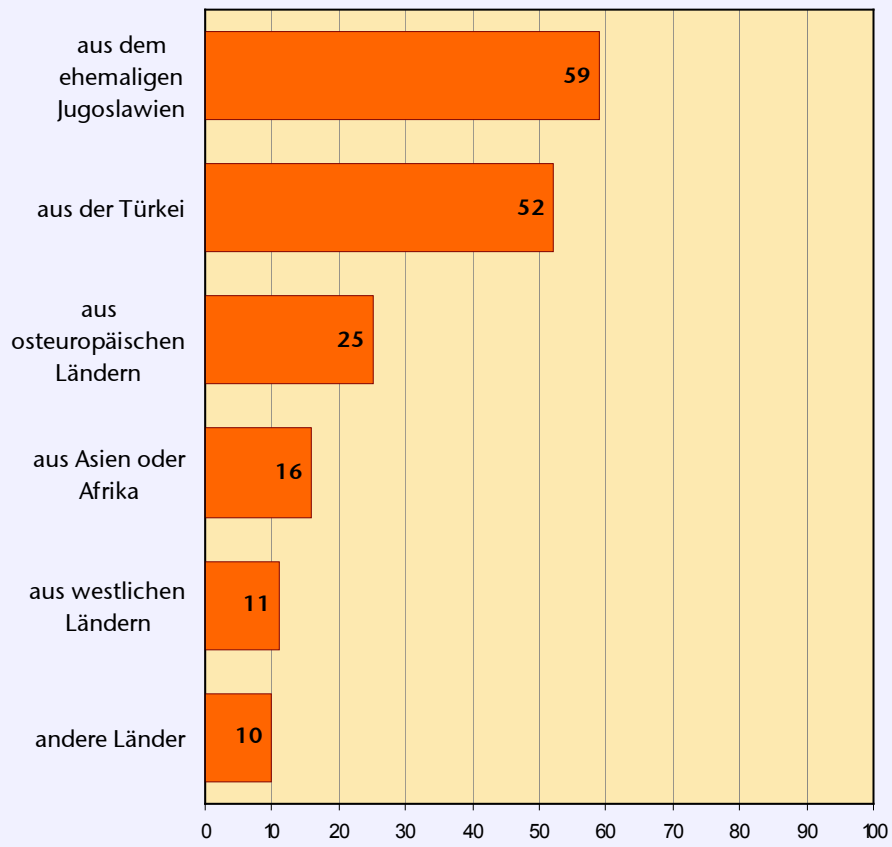


Abb. 21: Herkunftsland der Schulkinder

Jene Eltern, die angaben, dass in der Klasse ihres Kindes auch zugezogene MitschülerInnen unterrichtet werden, wurden nun zu einer Reihe von Integrationsaspekten bzw. Bereichen des Zusammenlebens und des Klassenklimas befragt, welchen Eindruck sie davon haben. Dabei ist natürlich zu berücksichtigen, dass die Eltern im Regelfall ihre Informationen von ihren Kindern und gegebenenfalls von den LehrerInnen in teilweise wohl selektiver und gefilterter Form beziehen. Man kann vor allem bei den Schulberichten der Kinder eher davon ausgehen, dass die Eltern eher über größere Probleme und brisante Vorkommnisse hören, als darüber, dass das Zusammenleben sehr gut funktioniert und das Klassenklima entsprechend erfreulich ist. Trotz dieser Einschränkungen ist den Ergebnissen aber ein durchaus relevanter Stellenwert beizumessen, da sich der entsprechende Eindruck der Eltern auf die Zufriedenheit mit der Schule und der Ausbildung ihrer Kinder niederschlägt.

Mehrheitlich haben die Eltern das Gefühl, dass das Zusammenleben in der Klasse gut funktioniert. Jeweils nur eine kleine Minderheit von 2 bis 7 Prozent gab an, dass es ihres Wissens häufige verbale Aggressionen der Kinder untereinander aufgrund von Herkunft oder Hautfarbe gibt. Zählt man noch jene hinzu, die meinen, solche Verbalakte gebe es „eher schon“, so beläuft sich der Gesamtanteil auf rund 16 bis 18 Prozent. Konkret betrifft dies Verspottungen seitens der „einheimischen“ Kinder gegenüber zugewanderten MitschülerInnen, ausländerfeindliche und rassistische Äußerungen ihnen gegenüber und allfällige rassistische Attacken seitens der Kinder aus den einen Herkunftsländern gegenüber jenen aus anderen Ländern.

60 Prozent der befragten Eltern haben jedenfalls keine Hinweise dahingehend bezogen, dass es besondere Konflikte zwischen den „einheimischen“ und den zugewanderten SchülerInnen in der Klasse gibt. 18 Prozent sprechen von gewissen Konflikten; ebenso viele von größeren Spannungen.

Auch in Bezug auf die Beziehungsnähe bzw. auf den Zugang der Kinder zueinander überwiegt bei den Eltern deutlich der Eindruck eines guten sozialen und kommunikativen Klimas. Ein Drittel hat allerdings schon das Gefühl, dass es da eher Segregationstendenzen, also wenige und nicht so enge Kontakte innerhalb und außerhalb der Klasse gibt.

Die Mehrzahl der Eltern (70 %) glaubt auch nicht, dass das Leistungsniveau der Klasse wegen der Kinder aus anderen Herkunftsländern schlechter ist als es ohne dieselben wäre. Ein Viertel hat den gegenteiligen Eindruck.

Schon deutlich größer ist der Anteil derer, die die Erfahrung gemacht haben, dass die Eltern der Kinder aus anderen Herkunftsländern in einem geringeren Maße an Schulveranstaltungen teilnehmen als dies „einheimische“ Eltern tun. Knapp vier von zehn Befragten gaben zu Protokoll, dass dies etwa bei Schulveranstaltungen oder Elternabenden der Fall sei.

Insgesamt gesehen überwiegt also bei den befragten Eltern der Eindruck, dass das Zusammenleben der Kinder in den Klassen durchaus funktioniert, dass sich die Konflikte eher in Grenzen halten und dass der Schulalltag und das Klassenklima infolge zugewanderter Schulkinder nicht sonderlich beeinträchtigt ist. Angesichts dieser eher positiven Perzeption stimmen auch knapp zwei Drittel der Aussage zu, wonach durch die zugewanderten Kinder das Verständnis und die Toleranz der einheimischen Kinder für andere Kulturen gefördert wird. Ein Viertel ist nicht dieser Meinung bzw. misst diesem Aspekt keine Relevanz bei.

Von den befragten Eltern haben 66 Personen (15 %) selbst einen Migrationshintergrund. Diese Anzahl reicht natürlich für statistisch gut abgesicherte Aussagen nicht aus. Gewisse Hinweise lassen sich aber schon ausmachen. Insgesamt gesehen tendieren diese Eltern eher dazu, die verbalen Aggressionen der einheimischen Kinder gegenüber den zugewanderten MitschülerInnen etwas stärker wahrzunehmen. Rund die Hälfte der Elternteile mit türkischem und jugoslawischen Hintergrund haben auch den Eindruck, dass es entsprechende Spannungen in der Klasse gibt. Darüber hinaus bestätigen auch sie, dass sich die Eltern mit Migrationshintergrund weniger in die Schulpartnerschaft einbringen.

Schließlich sei noch auf eine weitere Tendenz verwiesen, die statistisch auch fundierter ist: Es zieht sich bei allen genannten Punkten eine ungünstigere Wahrnehmung des Zusammenlebens bei jenen Eltern durch, deren Kinder in Klassen mit einem relativ hohen Anteil an MitschülerInnen aus anderen Herkunftsländern sind.

Die folgende Grafik illustriert die Gesamtverteilung der Antworten:

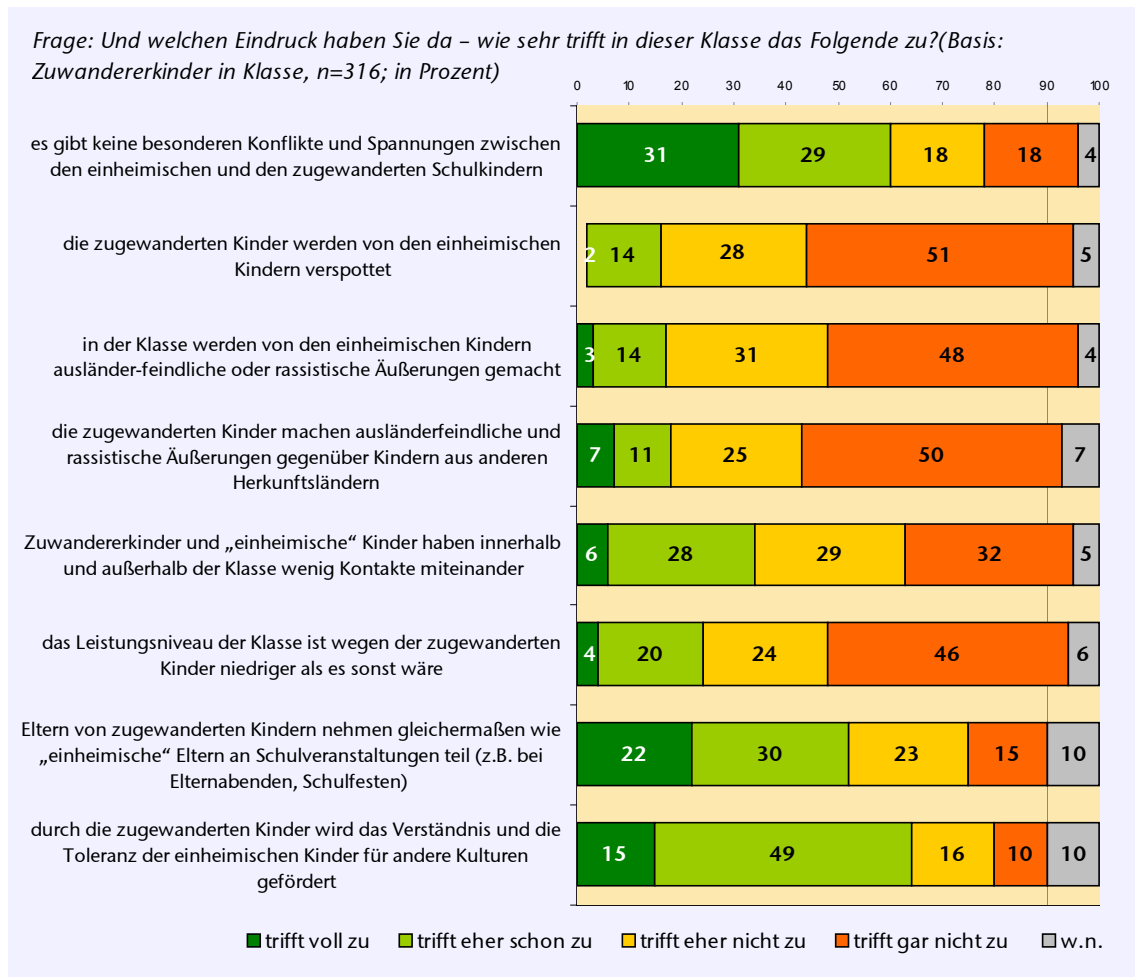


Abb. 22: Zuwanderer-Kinder in der Klasse: Klassenklima

4. Perzipierte Entwicklung der Schulqualität

So wie in den Jahren 2003 bis 2005 wurde auch im Rahmen der aktuellen Studie wieder erhoben, in welche Richtung die Qualitätsentwicklung in einigen wesentlichen schulischen Bereichen nach Ansicht der Bevölkerung geht. Dabei geht es konkret um die folgenden Aspekte:

- Unterrichtsqualität
- Schul- und Klassenklima
- Schulpartner
- Schulmanagement
- Personalqualität

Rund 75 bis 80 Prozent der Befragten trauten sich diesmal eine Beurteilung bzw. eine Einschätzung zu, wobei auch aktuell jeweils die relative Mehrheit dahin tendierte, keine gravierenden Veränderungen im Laufe der letzten Jahre anzunehmen.

Bei der übrigen Gruppe halten sich bei den meisten erhobenen Qualitätsdimensionen die positiven und die negativen Wahrnehmungen in etwa die Waage. Eine Ausnahme bildet nur die gegenwärtig vermutete Atmosphäre in der Schule, also das derzeitige Klassen- und Schulklima. Hier sind die Positiv-Nennungen gegenüber den Jahren zuvor deutlich zurückgegangen, während sich die ungünstigen Einschätzungen erhöht haben. Der Grund für diese Sicht der Dinge mag darin liegen, dass angesichts der intensiven Reformdiskussionen angenommen und seitens der unmittelbar Tangierten zum Teil auch erlebt wird, dass diese in den Schulen zu einer gewissen Verunsicherung führen, die sich auch stimmungsmäßig niederschlägt.

Gegenüber der letzten Erhebung hat sich die Wahrnehmung der Entwicklung der Unterrichtsqualität wieder in eine positive Richtung hin verändert. Hinsichtlich der Schulpartnerschaft fällt die aktuelle Perzeption etwas ungünstiger aus.

So gut wie nichts verändert hat sich an der Einschätzung der Entwicklung der Qualität des Schulmanagements und der Professionalität der LehrerInnen.

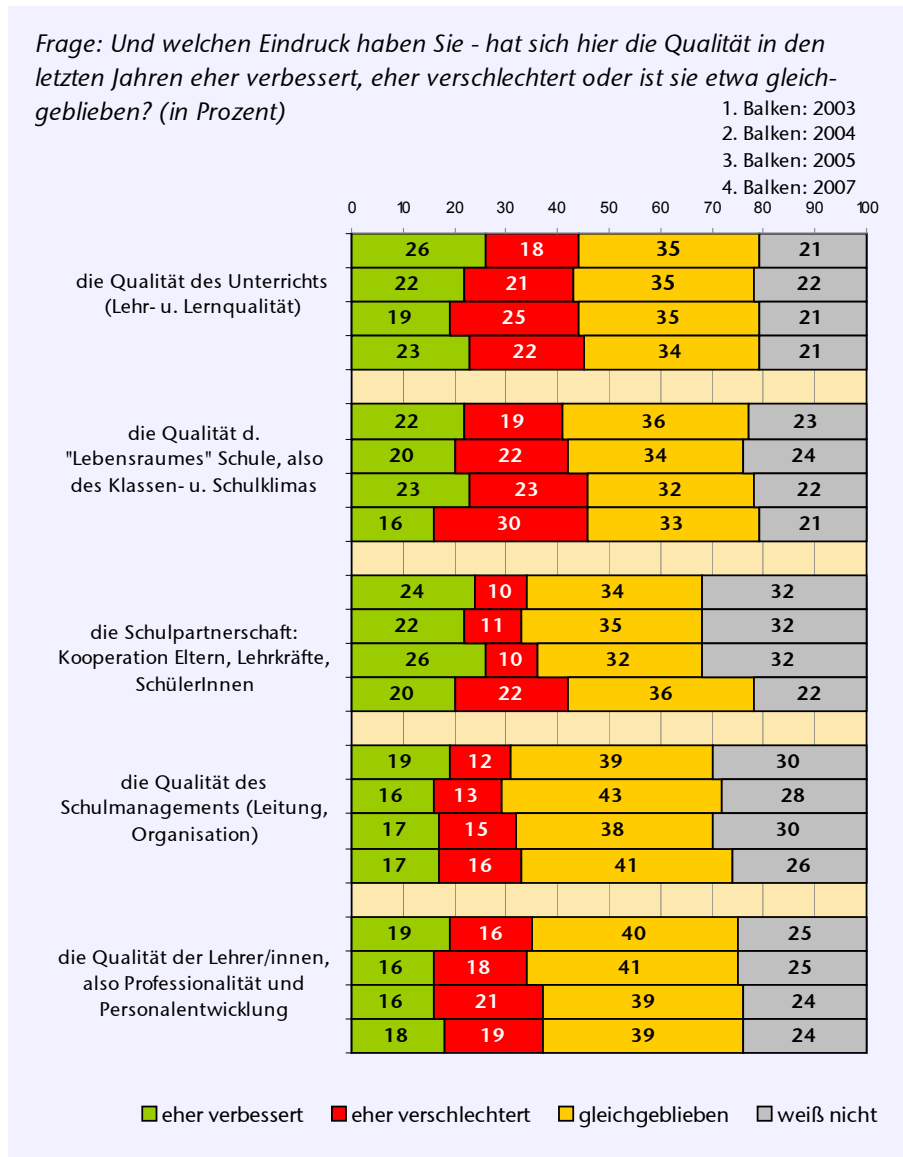


Abb. 23: Entwicklung der Schulqualität

Bei den Schulpartner-Gruppen manifestiert sich eine zum Teil durchaus abweichende Beurteilung der Entwicklung der Schulqualität.

Nach Ansicht der Lehrerinnen und Lehrer hat sich die Unterrichtsqualität rezent durchaus verbessert (33 % versus 18 %); die Schüler und Schülerinnen sehen das eher umgekehrt (17 % versus 31 %). Bei den Eltern halten sich die positiven und die negativen Einschätzungen die Waage (27% versus 25 %).

Auf eine eher ungünstige Entwicklung des Schulklimas verweisen per Saldo nicht nur die Lehrkräfte (positiv: 24 %; negativ: 34 %), sondern auch die befragten SchülerInnen (18 % versus 31 %), während sich bei den Eltern die positiven und die negativen Annahmen wieder ausgleichen (26 % versus 28 %).

Bei der Perzeption der Entwicklung der Schulpartnerschaft ist sowohl bei den Daten der Eltern als auch bei jenen der Lehrkräfte ein positiver Nennungsüberhang festzustellen (Eltern: 30 % versus 21 %; Lehrkräfte: 32 % versus 26 %). Hier sind bei den Schülerinnen und Schülern die positiven und die negativen Antwortquoten annähernd gleich hoch (23 % versus 24 %).

Hinsichtlich der Entwicklung der Qualität des Schulmanagements überwiegen bei den Lehrkräften leicht die positiven Wahrnehmungen (25 % versus 21 %); die Eltern sehen das ähnlich.

Deutlich stärker als die beiden anderen Schulpartner-Gruppen nehmen die Lehrkräfte auch die positive Entwicklung der Professionalität ihrer Berufsgruppe wahr (35 % versus 13 %). Bei den Eltern bewegen sich die positiven und die negativen Stimmen auf demselben Level; bei den SchülerInnen überwiegt leicht eine skeptische Sicht.

Auch von den befragten Schulpartnern sagten viele, dass sich bei diesen Qualitätsbereichen in den letzten Jahren nicht allzu viel verändert hat.

Die folgende Zeitreihentabelle weist die Differenzwerte der positiven und der negativen Entwicklungseinschätzungen der Schulqualität auf Basis der Gesamtbevölkerung und der Eltern von Schulkindern in Prozentpunkten aus.

Dabei zeigt sich einerseits in Summe, dass sich in beiden Fällen seit dem Jahr 2000 eher rückläufige Positiv-Nennungsanteile abbilden (bei der Qualifizierung dieser Ergebnisse ist aber zu berücksichtigen, dass sich der Bewertungsmaßstab von Jahr zu Jahr mit den jeweils zuvor wahrgenommenen Qualitätstrends ändert - im theoretischen Fall einer quasi kaum noch steigerbaren Schulqualität könnte es eigentlich keine "verbessert"-Nennungen mehr geben).

Zum anderen lässt sich daraus ablesen, dass die Eltern von Schulkindern die Qualitätsentwicklung immer positiver wahrgenommen haben als dies bei der Gesamtbevölkerung der Fall war.

Frage: Und welchen Eindruck haben Sie – hat sich hier die Qualität in den letzten Jahren eher verbessert, eher verschlechtert oder ist sie etwa gleichgeblieben?

	Differenz: „verbessert“ versus „verschlechtert“													
	Gesamtbevölkerung							Schulkind-Eltern						
(in Prozent)	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2007	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2007
die Qualität des Unterrichts (Lehr- und Lernqualität)	+17	+15	+7	+8	+1	-6	+1	+28	+21	+12	+11	+3	-4	+2
die Qualität des “Lebensraumes” Schule, also des Klassen- und Schulklimas	+13	+7	0	+3	-2	0	-14	+26	+12	+4	+2	0	+1	-2
die Schulpartnerschaft, also die Kooperation von Eltern, Lehrkräften und SchülerInnen	+21	+21	+19	+14	+11	+16	-2	+31	+27	+23	+20	+14	+21	+9
die Qualität des Schulmanagements (Leitung, Organisation)	+16	+14	+6	+7	+3	+2	+1	+25	+24	+11	+11	+5	+6	+4
die Qualität der Lehrer, also Professionalität und Personalentwicklung	+10	+12	+3	+3	-2	-5	+1	+18	+16	+5	+7	+2	-7	-2

Abb. 24: Entwicklung ausgewählter Qualitätsbereiche (Zeitverlauf)

5. Thema Schulreform

5.1. Welche Reformen werden als sinnvoll erachtet?

Im Rahmen der aktuellen Studie wurden eine Reihe von aktuell diskutierten Schulreformaßnahmen auf deren Befürwortung bzw. Ablehnung seitens der Bevölkerung hin abgetestet. Konkret sollten die Befragten jeweils angeben, für wie sinnvoll sie die jeweilige Maßnahme halten.

Bei der Bevölkerung herrscht in Bezug auf Neuerungen bzw. Qualitätsverbesserungen im Schulbereich seit Jahren und in deutlich verstärktem Maße seit den letzten PISA-Ergebnissen eine sehr reformfreundige Grundstimmung. Eine Reform im Schulbereich, die diesen Namen auch verdient und zu messbaren Verbesserungen führt, wird längst erwartet. Dies bestätigten nicht nur die letztjährigen Monitoring-Ergebnisse und andere Schulstudien, sondern in einem noch höheren Maße die aktuell vorliegenden Befunde.

Die abgetesteten Reformaßnahmen werden fast durchgängig von einer breiten Bevölkerungsmehrheit als sinnvoll erachtet.

So besteht ein beinahe einhelliger Konsens darüber, dass die schrittweise Begrenzung der Klassen auf 25 SchülerInnen umgesetzt werden soll (88 %).

Rund ebenso viele sprechen sich dafür aus, die beruflichen Ausbildungsangebote für Jugendliche zu verbessern, etwa durch einen Ausbau der Lehrwerkstätten, in welchen Jugendliche auch ohne Lehrplatz eine qualifizierte Fachausbildung erhalten (86 %).

Auf eine ebenso hohe und positive Resonanz würde eine stärkere Verankerung der Gesundheits- und Bewegungserziehung in der Schule stoßen (87 %).

Ein überaus breites Zustimmungsvotum trifft auch auf einen Ausbau von Integrationsmaßnahmen zu. Dies gilt sowohl für eine Weiterentwicklung der schulischen Einbindung von behinderten Schulkindern (81 %) als auch für zusätzliche Unterstützungen zur besseren Integration von Kindern mit Migrationshintergrund respektive nicht-deutscher Muttersprache, wobei vor allem Kompetenzen im sprachlichen Bereich zu fördern wären (79 %).

Die ganz überwiegende Mehrheit der Bevölkerung hält darüber hinaus einen sowohl die Qualität als auch die Angebotsanzahl betreffenden Ausbau der schulischen Tagesbetreuung bzw. der Ganztagsschulen für sinnvoll (73 %).

Erstaunlich hoch ist auch die Zustimmung zu einer Aufwertung und einem Ausbau der musischen Erziehung an den Schulen, also von Musik, bildnerischer Erziehung, Literatur, Theater, Tanz usw. Rund sieben von zehn Befragten würden dies begrüßen.

Nicht ganz so breit ist der Konsens im Hinblick auf die Sinnhaftigkeit von mehr schulischen Angeboten zur politischen Bildung – etwa als Vorbereitung für das „Wählen mit 16“ (dazu ist anzumerken, dass man in Österreich beim Begriff ‚Politik‘ bekanntermaßen primär an Parteipolitik denkt, womit die Notwendigkeit eines Ausbaus der politischen Bildung bereits zureichend begründet wäre). Aber auch da ist die Gruppe der Proponenten deutlich größer als jene der Skeptiker (52 % versus 32 %).

Beim derzeit diskutierten Thema eines verpflichtenden Vorschuljahres für alle Kinder überwiegen ebenfalls klar Befürworter: 55 Prozent der Befragten würden die Einführung eines verpflichtenden Vorschuljahres für sinnvoll halten; 32 Prozent sind gegenteiliger Ansicht. Die Restgruppe war da überfragt bzw. steht dem indifferent gegenüber.

Bei den meisten abgetesteten Reformmaßnahmen beläuft sich der Anteil der Skeptiker auf eine kleine Minderheit.

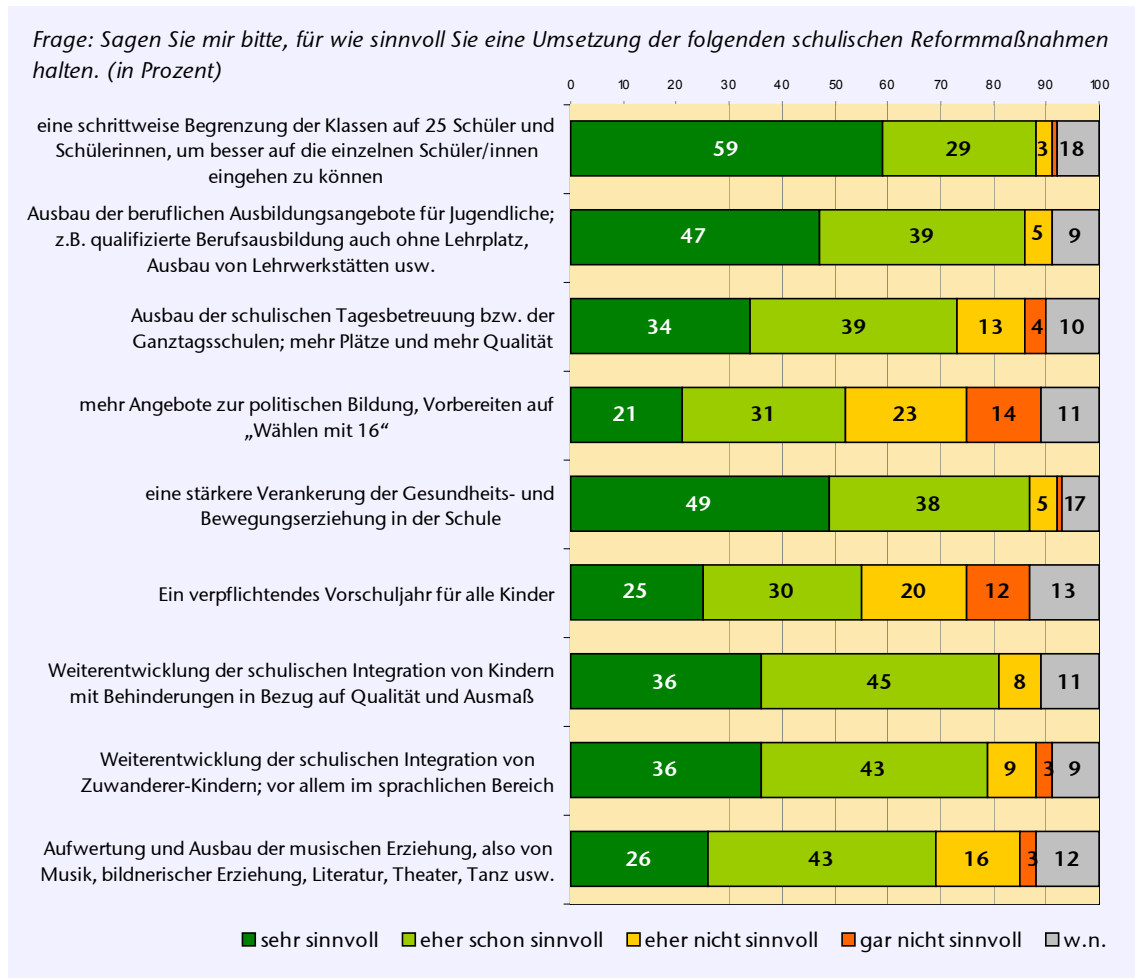


Abb. 25: Umsetzung schulischer Reformmaßnahmen

Bei jenen abgefragten Reformmaßnahmen, die ganz besonders hohe Zustimmungswerte erhalten haben, bilden sich diese mit nur geringen Abweichungen bei allen statistisch ausgewerteten Bevölkerungsgruppen ab.

Dieser breite Konsens manifestiert sich auch hinsichtlich verstärkter Integrationsmaßnahmen für zugewanderte Schulkinder und einer Aufwertung und eines Ausbaus der musischen Erziehung in der Schule. Was diese betrifft, spielt allerdings der Bildungshintergrund der Befragten eine größere Rolle. Von den Personen mit Matura sprechen sich rund 80 Prozent dafür aus; bei den PflichtschulabsolventInnen ist der entsprechende Anteil schon deutlich geringer (54 %).

Bei der Frage eines Ausbaus der politischen Bildung an den Schulen gehen die Ansichten eher auseinander. Dies gilt allerdings nicht für die drei Schulpartner: Sowohl die SchülerInnen (70 % versus 23 %) als auch die befragten Lehrkräfte (64 % versus 34 %) sprechen sich mit einer klaren Mehrheit dafür aus; bei den Eltern von Schulkindern ist das Votum nicht ganz so ausgeprägt, aber auch bei ihnen überwiegen jene, die einen Ausbau der politischen Bildung für sinnvoll erachten (56 % versus 40 %).

Eher Vorbehalte gegenüber einer Aufwertung der politischen Bildung in der Schule kommen von den über 60-Jährigen (dafür: 34 %; dagegen: 42 %). Eine überdurchschnittlich ausgeprägte Skepsis legen diesbezüglich auch die unteren Bildungsschichten und die Bevölkerung der kleineren Gemeinden an den Tag. Von einer entschiedenen Ablehnung kann aber bei keiner Bevölkerungsgruppe gesprochen werden.

5.2. Verpflichtendes Vorschuljahr für alle Schulkinder?

Vor dem Hintergrund der aktuellen Auseinandersetzung innerhalb der Bundesregierung zu dieser Thematik lässt sich in Ansehung des dazu erhobenen Stimmungsklimas während der Befragungsperiode Folgendes festhalten:

So gut wie alle statistisch ausgewerteten Bevölkerungsgruppen stehen einem solchen Vorschuljahr für alle Kinder mehrheitlich positiv gegenüber. In einem überdurchschnittlichem Maße gilt dies für die Lehrkräfte (63 % versus 34 %) und für die Gesamtgruppe der Berufstätigen (60 % versus 32 %).

In der nachstehenden Grafik sind die Präferenzmuster differenziert nach den einzelnen Bundesländern ausgewiesen. Dabei zeigt sich, dass in den meisten Bundesländern die Mehrheit der Bevölkerung das Vorschuljahr für alle Kinder für sinnvoll hält. Am deutlichsten fällt die Befürwortung in Wien und in Salzburg aus. Nur in Tirol überwiegen die Vorbehalte gegenüber dieser Variante.

Differenziert nach den parteipolitischen Präferenzen der Befragten bildet sich bei allen größeren Lagern per Saldo eine Befürwortung eines solchen Vorschuljahres ab (das BZÖ-Lager konnten aufgrund der

dafür zu gering ausgefallenen Fallzahl in der Stichprobe nicht separat ausgewertet werden). Wie die folgende Grafik illustriert, fällt der Überhang der Befürworter unter den ÖVP-PräferentInnen aber schon eher knapp aus.

Auf entschiedene Ablehnung (“gar nicht sinnvoll”) stößt dieser Reformvorschlag aber weder in einem Bundesland noch bei einer der Partei-Anhängerschaften.

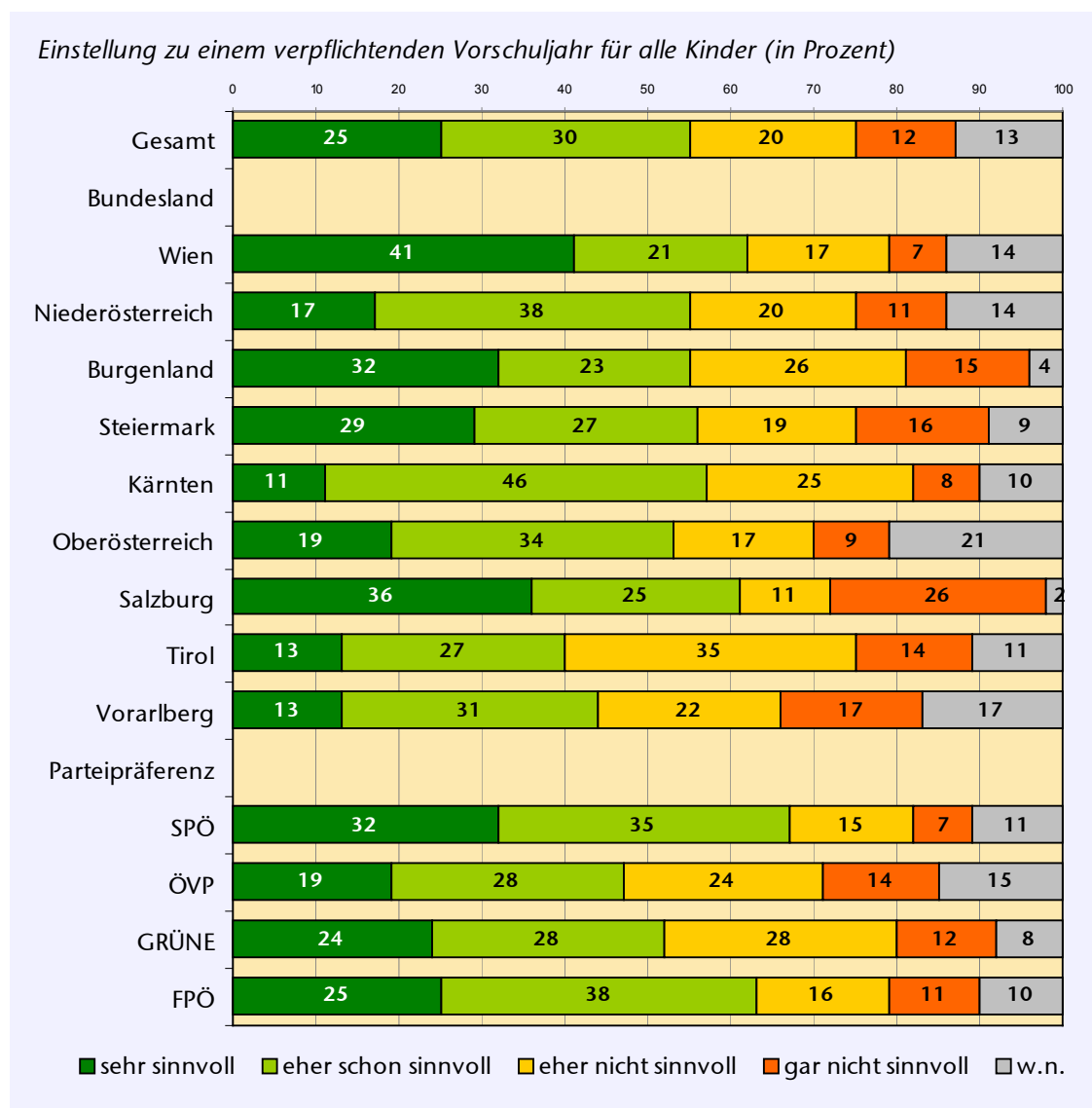


Abb. 26: Verpflichtendes Vorschuljahr für alle Kinder

5.3. Zur gemeinsamen Schule der 10- bis 14-Jährigen

Noch kontroverser als das Vorschuljahr wird die gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen diskutiert. Dies wohl auch deshalb, weil sich in den letzten Jahrzehnten beim Schlagwort "Gesamtschule" die beiden großen österreichischen Parteien ideologisch in einer Weise einementiert haben, die es noch heute erschwert, mögliche neue Konzepte umzusetzen (dasselbe galt lange Zeit für den Begriff "Ganztagsschule").

Die Mehrheit der Bevölkerung konnte zu dieser Zeit der Gesamtschule bzw. unter dem, was sie sich dabei vorstellte, eher wenig abgewinnen. Nach dem PISA-Schock im Jahr 2003 hat sich das Stimmungsklima im Land aber deutlich verändert, nachdem bekannt wurde, dass unter anderem auch in Finnland – also dem PISA-Sieger – eine gemeinsame Schulform dieser Altersgruppe existiert.

Inzwischen sind die auch in der Bevölkerung respektive zwischen den Anhängern der unterschiedlichen Parteien ziemlich starren Fronten weitgehend in Auflösung begriffen. Mit den PISA-Testergebnissen und der prominenten medialen Berichterstattung darüber erhielt die Bevölkerung erstmals auch umfassendere Informationen über alternative Schulsysteme in anderen europäischen Ländern, womit auch der ideologisch belastete Begriff "Gesamtschule", der inhaltlich für viele völlig diffus war, seine abschreckende Wirkung verloren hat.

Man kann auch heute nicht davon ausgehen, dass sich wirklich alle eine zureichende Vorstellung von einer gemeinsamen Schule der 10- bis 14-Jährigen zu machen vermögen. Dazu sei angemerkt, dass eine im Auftrag der AK Niederösterreich vor zwei Jahren durchgeführte Ifes-Studie bei Eltern von Schulkindern in Niederösterreich ergeben hat, dass die Hälfte der Befragten angab, nicht hinreichend darüber Bescheid zu wissen, was mit einer Gesamtschule der 6- bis 14-Jährigen gemeint ist. Zwei Drittel bestätigten damals, bei der Bezeichnung „gemeinsame Grundschule“ nicht zu wissen, wovon dabei inhaltlich eigentlich die Rede ist.

Deshalb bringt es auch wenig, lediglich die Pro/Kontra-Präferenzen im Zusammenhang mit einem Schlagwort bzw. mit einer Bezeichnung ohne jede inhaltliche Erläuterungen abzufragen, da damit überhaupt nicht klar ist, was die Befragten mit ihrem Votum eigentlich inhaltlich verbinden, womit natürlich auch die Validität eines solchen Befra-

gungsergebnisses nicht gegeben ist; d.h. man weiß nicht, was mit einer solchen Frage überhaupt gemessen wird.

In der laufenden Diskussion über das Thema der gemeinsamen Schule dieser Altersgruppe stehen vor allem die zwei folgenden inhaltlichen Aspekte im Vordergrund: die Überlegung, ob es nicht besser sei, die Trennung der Kinder in unterschiedliche Schulformen nicht schon mit 10 Jahren, sondern erst mit 14 Jahren vorzunehmen – und die Frage einer inneren Differenzierung respektive einer stärkeren individuellen Förderung der SchülerInnen.

Im Rahmen der vorliegenden Erhebung wurden dementsprechend diese beiden Aspekte in die Fragestellungen einbezogen.

Die erste Frage bezog sich darauf, wie man unter dem Gesichtspunkt einer Trennung der Schulkinder erst mit 14 Jahren in unterschiedliche weiterführende Schulformen zu einer gemeinsamen Schule der 10- bis 14-Jährigen steht. Dabei zeigt sich, dass weniger als die Hälfte der Befragten dazu eine gefestigte bzw. entschiedene Meinung haben, wobei freilich die Befürwortergruppe jene der Gegner einer solchen Schulform klar überwiegt. Rund ein Drittel der Bevölkerung spricht sich grundsätzlich für eine spätere Trennung der Kinder in differenzierte Schulformen aus; lediglich 12 Prozent sind davon überzeugt, dass eine (Begabungs-)Selektion schon bei den 10-Jährigen gerechtfertigt ist. Die vergleichsweise größte Gruppe der Befragten (45 %) meinte, dass unter diesem Gesichtspunkt ein solches Schulmodell zumindest überlegenswert ist.

Der Anteil der Befürworter einer späteren Trennung der Schulkinder überwiegt bei so gut wie allen Bevölkerungsgruppen deutlich jenen der Gegner, liegt aber durchgängig unter der 50 Prozentmarke. Eine breite Bevölkerungsmehrheit hält aber ein Schulmodell, das die derzeitige frühe Selektierung vermeidet, für durchaus erwägenswert.

Wie die folgende Grafik illustriert, trifft dies auf die Bevölkerung aller Bundesländer und auch auf alle ausgewerteten Parteipräferenzgruppen zu.

Frage: In vielen anderen europäischen Ländern, die beim PISA-Test besser als wir abgeschnitten haben, gibt es eine gemeinsame Schulform für die 6- bis 14-Jährigen. Das heißt, die Trennung nach unterschiedlichen Schulformen erfolgt nicht schon mit 10 Jahren, sondern erst mit 14 Jahren. Halten Sie ein solches Modell...? (in Prozent)

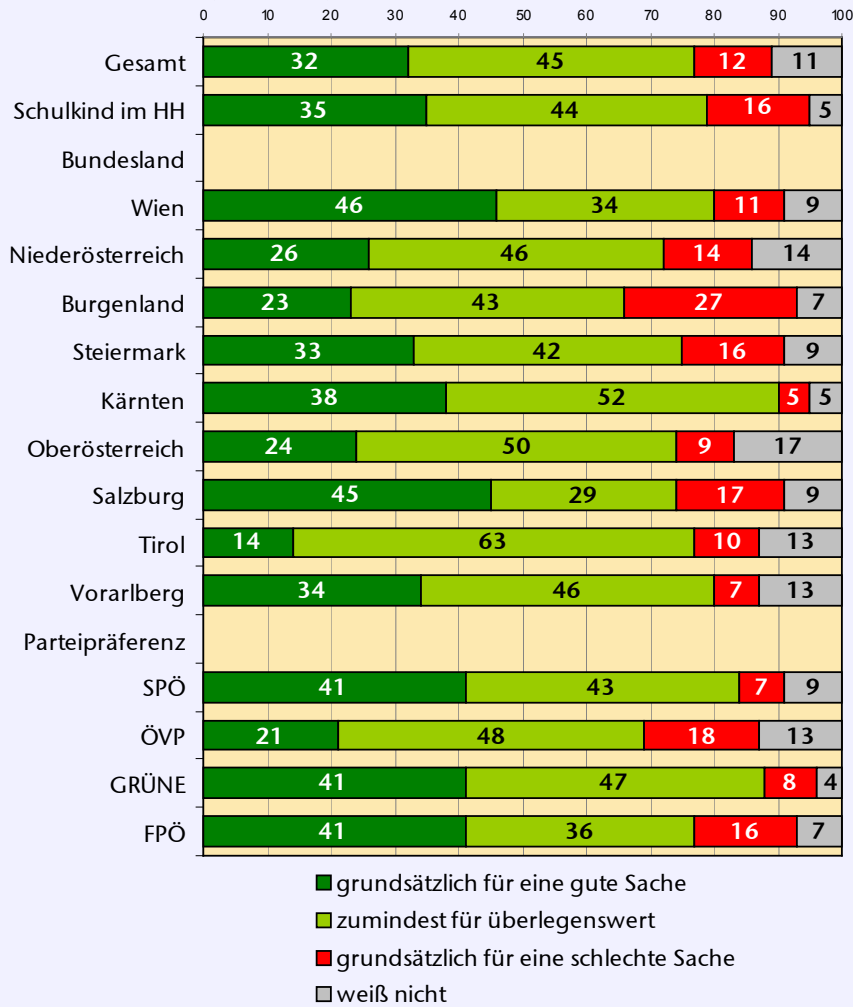


Abb. 27: Trennung in unterschiedliche Schulformen erst ab 14 Jahren

Bei den drei Schulpartnern bilden sich hier sehr homogene Einstellungsmuster ab: Bei den Lehrkräften, bei den SchülerInnen und bei den Eltern beläuft sich die Gesamtgruppe derer, die ein solches Modell einer gemeinsamen Schule für zumindest überlegenswert halten, auf 75 bis 79 Prozent.

Mehr oder weniger vorbehaltlos dafür sind bei den befragten LehrerInnen 27 Prozent, bei den SchülerInnen 30 Prozent und bei den Eltern 35 Prozent. Der Anteil der Gegner bewegt sich rund um die 20 Prozentmarke.

Der für die Bevölkerung im Zusammenhang mit einer gemeinsamen Schule entscheidende Punkt ist offenkundig, ob in dieser eine stärkere individuelle Förderung der Kinder realisierbar ist, als dies derzeit in der AHS-Unterstufe und in der Hauptschule der Fall ist. Unter der Voraussetzung, dass sich das in einem neuen Schulmodell einrichten lässt, votiert eine klare Mehrheit für eine solche gemeinsame Schulform. Auf die entsprechende Frage gaben 62 Prozent an, dass sie in diesem Fall für eine gemeinsame Schule der unter 14-Jährigen sind. Nur eine kleine Minderheit von 15 Prozent spricht sich auch unter diesen Auspizien dagegen aus. Knapp ein Viertel wollte oder konnte sich da nicht in die eine oder andere Richtung hin festlegen (davon haben wohl auch einige ihre Zweifel, ob und wie eine solche innere Differenzierung dann tatsächlich umgesetzt wird).

Die folgende Grafik weist die Ergebnisse wieder differenziert nach den einzelnen Bundesländern und nach der Parteipräferenz der Befragten aus. Auch hier weichen die Präferenzmuster relativ stark voneinander ab; bei allen Gruppen überwiegen die Befürworter einer gemeinsamen Schule aber deutlich die Gegner.

Frage: Und wären Sie unter der Voraussetzung, dass es in einer gemeinsamen Schulform für die 6- bis 14-Jährigen eine stärkere individuelle Förderung der Kinder als derzeit gibt, eher für oder eher gegen eine solche Schulform? (in Prozent)

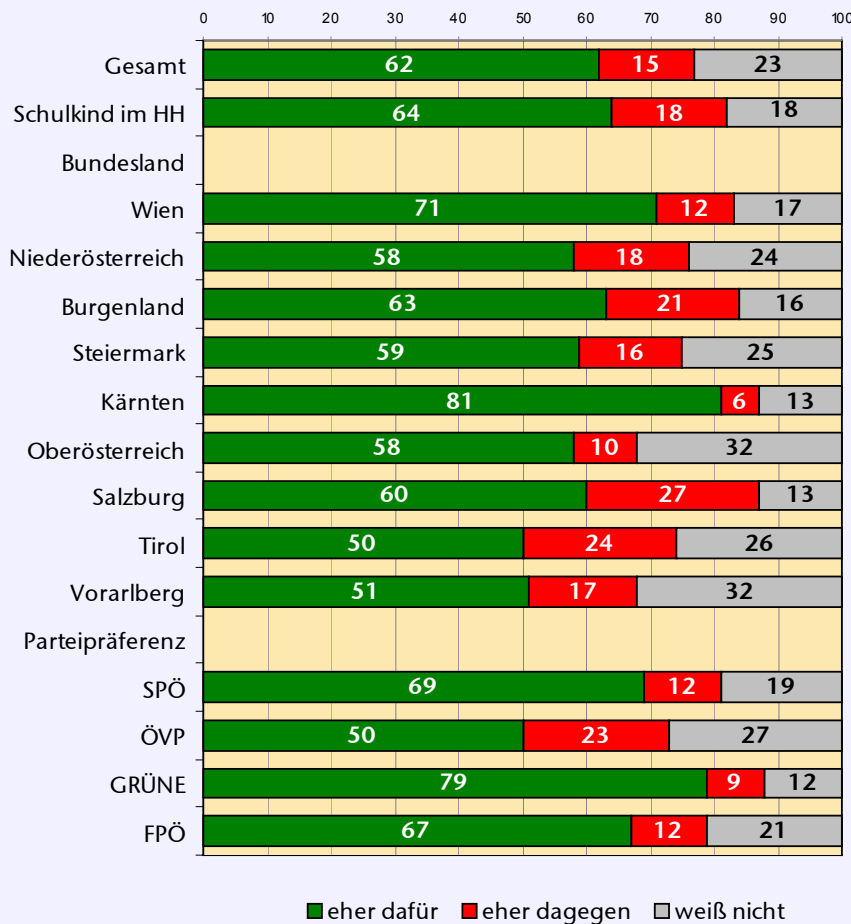


Abb. 28: Einstellung zur gemeinsamen Schulform der unter 15-Jährigen

Dazu auch wieder die Antwortverteilungen bei den Schulpartnern: Von den befragten LehrerInnen sprechen sich 61 Prozent für eine gemeinsame Schule aus (dagegen: 30 %), von den SchülerInnen sind ebenfalls 61 Prozent dafür (dagegen: 21 %); bei den Eltern beläuft sich die Zustimmungssquote auf 64 Prozent (dagegen: 18 %).

Die Befürwortung bzw. die Ablehnung hängt auch relativ stark von der eigenen Bildungsschicht-Zugehörigkeit ab. Von den PflichtschulabsolventInnen sind nur 45 Prozent dafür (18 % dagegen; die große

Restgruppe war da unsicher), während von den Befragten mit Matura 70 Prozent eine gemeinsame Schule unter der Voraussetzung einer stärkeren individuellen Förderung für eine gute Sache halten (dagegen: 17 %).

5.4. Zum Ausbau der schulischen Tagesbetreuung

Anders als bei den aktuellen Auseinandersetzungen über das “Vorschuljahr” und die “gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen“ gibt es bei der Bevölkerung inzwischen schon längst einen breiten Konsens darüber, dass der Ausbau der schulischen Betreuungsangebote auch am Nachmittag fortgeführt werden soll.

Dabei hat das ehemals so kontroversielle Reizwort “Ganztagsschule” viel von seiner früheren ideologischen Einfärbung verloren – vor dem Hintergrund der zunehmenden Berufstätigkeit von beiden Elternteilen und der ansteigenden Zahl von AlleinerzieherInnen werden alle abgefragten Maßnahmen zu einer Ausweitung der bestehenden Betreuungsangebote als wichtig erachtet. Dies gilt für die Versorgung der Kinder mit einem warmen Mittagessen und für ein Angebot von gesünderen Nahrungsmitteln in den Schulkantinen ebenso wie für Kultur-, Sport und andere Freizeitangebote sowie für alle Maßnahmen, die eine individuelle Förderung der Kinder am Nachmittag ermöglichen.

Jeweils zwischen rund 80 und 90 Prozent der Befragten halten einen entsprechenden Ausbau der schulischen Nachmittagsbetreuung für „sehr“ oder „eher schon wichtig“. Ebenso viele würden es aber begrüßen, wenn die SchülerInnen auch im Rahmen der schulischen Nachmittagsbetreuung die Möglichkeit hätten, außerschulische Angebote zu nutzen (etwa in Vereinen).

Die folgende Grafik weist die jeweiligen Einstellungsmuster auf Basis der Gesamtbevölkerung aus. Auch bei allen ausgewerteten Bevölkerungssegmenten besteht hier ein breiter Konsens.

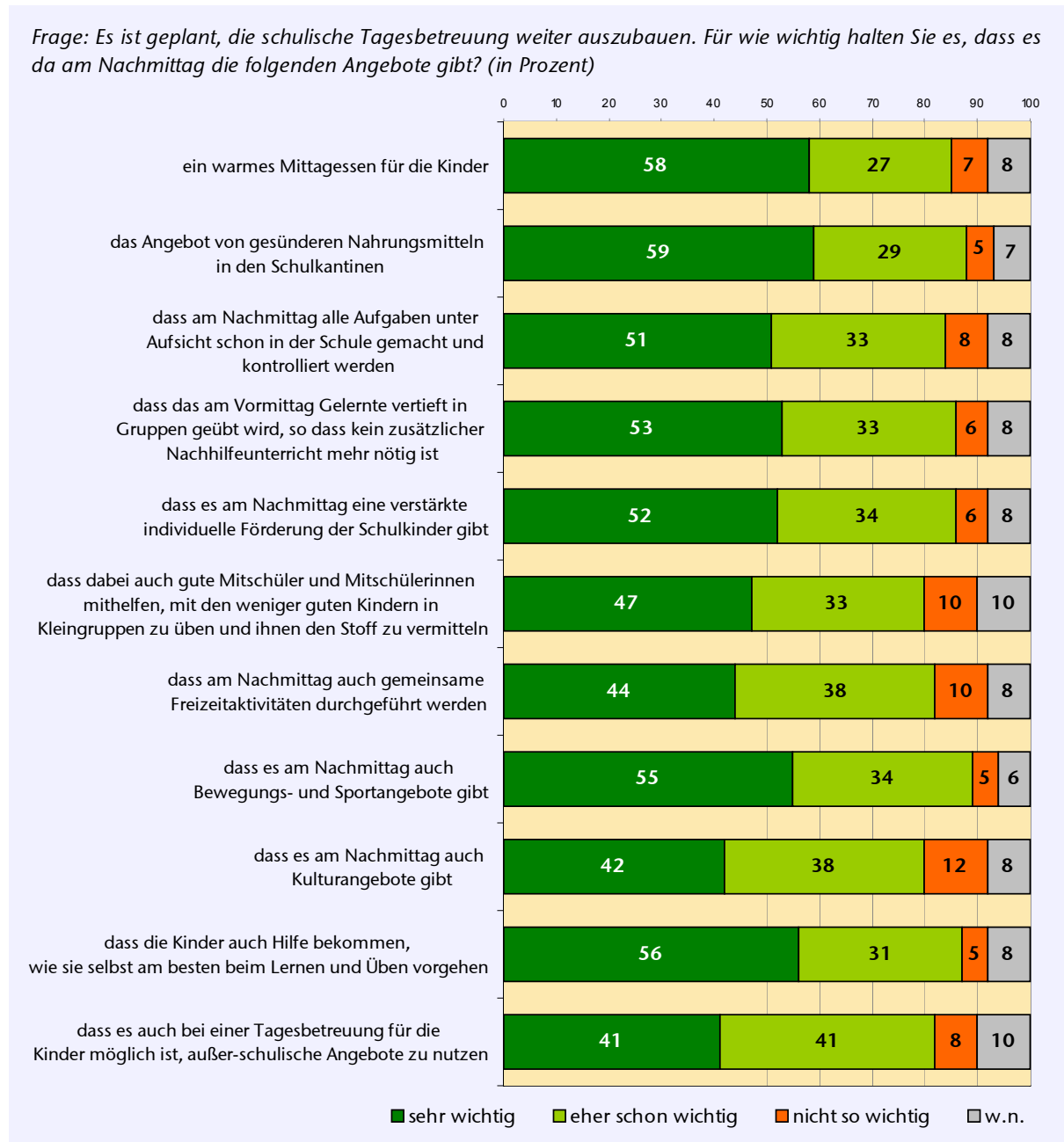


Abb. 29: Ausbau der schulischen Tagesbetreuung

5.5. Zur Doppelgleisigkeit der Schulverwaltung

Angesichts der derzeitigen Situation, wonach die Schulverwaltung zum Teil auf Bundesebene und zum Teil auf Länderebene angesiedelt ist, wodurch sich Doppelgleisigkeiten ergeben, wurde gefragt, ob man es für besser hielte, wenn die Schulverwaltung mehr in den Verantwortungsbereich des Bundes käme oder ob man sie stärker den einzelnen Bundesländern überantworten sollte.

Wie die folgende Grafik zeigt, gibt es da bei der Bevölkerung kein klares Votum hin in die eine oder andere Richtung. Jeweils rund ein Drittel nannte den Bund oder die Länder oder war da gänzlich überfragt. Auch bei den LehrerInnen halten sich die jeweiligen Präferenzen die Waage.

Frage: Derzeit gibt es in der Schulverwaltung Doppelgleisigkeiten auf Bundes- und Länderebene. Um die Verwaltung zu straffen, sollen die Kompetenzen künftig eindeutig zugeordnet werden. Sollte die Schulverwaltung Ihrer Ansicht nach.....?

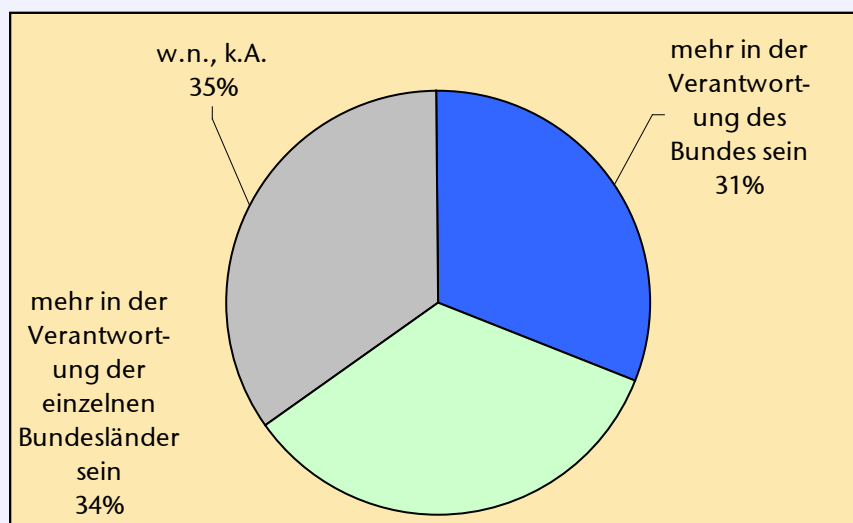


Abb. 30: Zur Doppelgleisigkeit der Schulverwaltung

5.6. Zur Regelung der schulautonomen Tage

Auch in Bezug auf die Regelung der schulautonomen Tage im Pflichtschulbereich gehen die Meinungen auseinander. Ein Drittel der Befragten befürwortet die aktuelle Kompromissregelung, nach der von den fünf schulfreien Tagen zwei Tage bundesweit einheitlich festgelegt werden und die anderen drei Tage so wie bisher von den einzelnen Schulen bestimmt werden können. Ebenso viele hielten es für besser, wenn alle fünf freien Tage bundesweit einheitlich festgelegt werden würden. Für eine Abschaffung der schulautonomen Tage spricht sich nur eine kleine Minderheit aus.

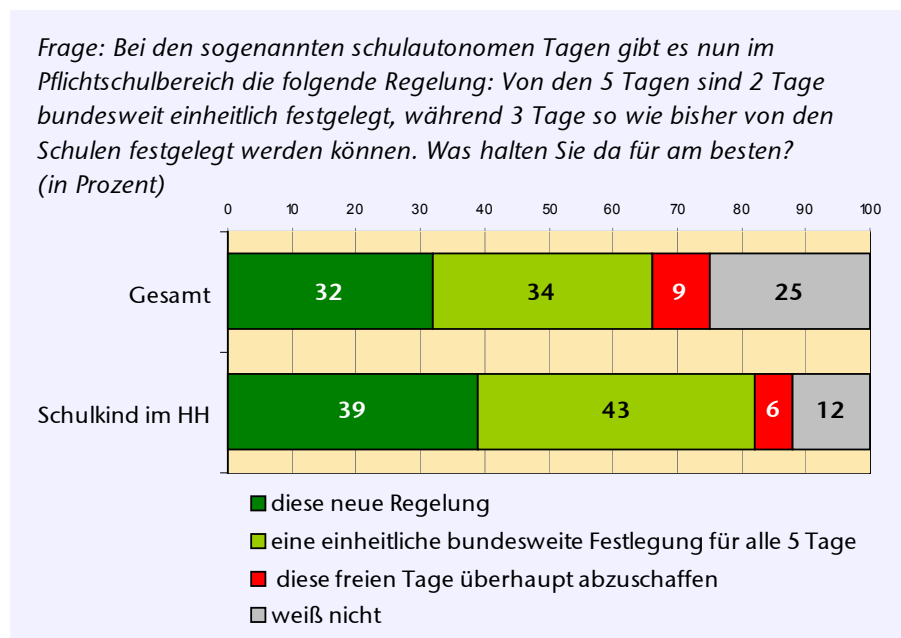


Abb. 31: Schulautonome Tage

Die befragten LehrerInnen befürworten eher die derzeitige Regelung (dafür: 53 %). Zugunsten einer einheitliche Regelung votiert jede/r Dritte. Praktisch deckungsgleich damit fällt das Votum seitens der SchülerInnen aus (54 % versus 33 %), während die Eltern derzeit in annähernd gleichem Maße die eine oder die andere Variante bevorzugen (39 % versus 43 %).

6. Maßnahmen zur Förderung der Chancengleichheit von Mädchen und Burschen

Erstmals wurde im Jahr 1999 im Rahmen des Monitorings regelmäßig abgetestet, für wie wichtig die Bevölkerung die Gender-Thematik im schulischen Bereich erachtet, wobei eine Reihe von Gleichbehandlungsaspekten abgefragt worden sind. Im Vorjahr wurden in die Erhebung zwei weitere Gender-Dimensionen implementiert.

Gender-Mainstreaming war schon Ende der 90-er Jahre durchaus ein breit diskutiertes Thema. Rückblickend lässt sich sagen, dass bereits zu dieser Zeit die Österreicherinnen und Österreicher auf eine Förderung und Umsetzung der Gleichbehandlung der Geschlechter auch im Schulunterricht und im Schulalltag einen großen Wert legten. Jeweils rund 80 Prozent gaben damals an, dass es wichtig sei, die Mädchen in den technischen Fächern stärker zu fördern, die Frage der Gleichbehandlung zu einem fächerübergreifenden Unterrichtsthema zu machen und dass sich auch die Lehrkräfte im Rahmen der Aus- und Weiterbildung verstärkt mit diesem Thema befassen. Als nicht ganz so dringlich wurde das gemeinsame technische und textile Werken eingestuft – aber auch da sprachen sich zwei Drittel dafür aus, dass dies die Mädchen und die Burschen gleichermaßen erlernen sollten.

In den letzten Jahren sind die entsprechenden Wichtigkeitseinstufungen tendenziell etwas rückläufig ausgefallen. Auch dies ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass sich in diesem Zeitraum an den Schulen dazu natürlich einiges getan hat, womit ein anderes Ausgangsniveau entstanden ist, das bei der Qualifizierung der Zeitreihenergebnisse zu berücksichtigen ist.

Die aktuellen Befragungsergebnisse decken sich mit eher geringen Abweichungen weitgehend mit jenen des Vorjahrs. Eine wieder deutlich angestiegene Wichtigkeitszuordnung trifft allerdings in Bezug auf die stärkere Förderung von Mädchen in Mathematik, in den Naturwissenschaften und im Umgang mit Computern zu. Dies ist jener Genderaspekt, über den im Schulbereich auch am ehesten öffentlich diskutiert wird. Leichte Nennungszuwächse gibt es auch im Zusammenhang mit dem gemeinsamen Werken und mit der Behandlung der Gender-Thematik im Unterricht.

Gegenwärtig werden alle abgefragten schulischen Maßnahmen zur Schaffung einer höheren Chancengleichheit von Mädchen und Burschen von rund zwei Drittel bis drei Viertel der Befragten als wichtig angesehen. Dazu zählen auch Maßnahmen, die dazu beitragen können, die traditionellen geschlechtsspezifischen Berufswege aufzulösen.

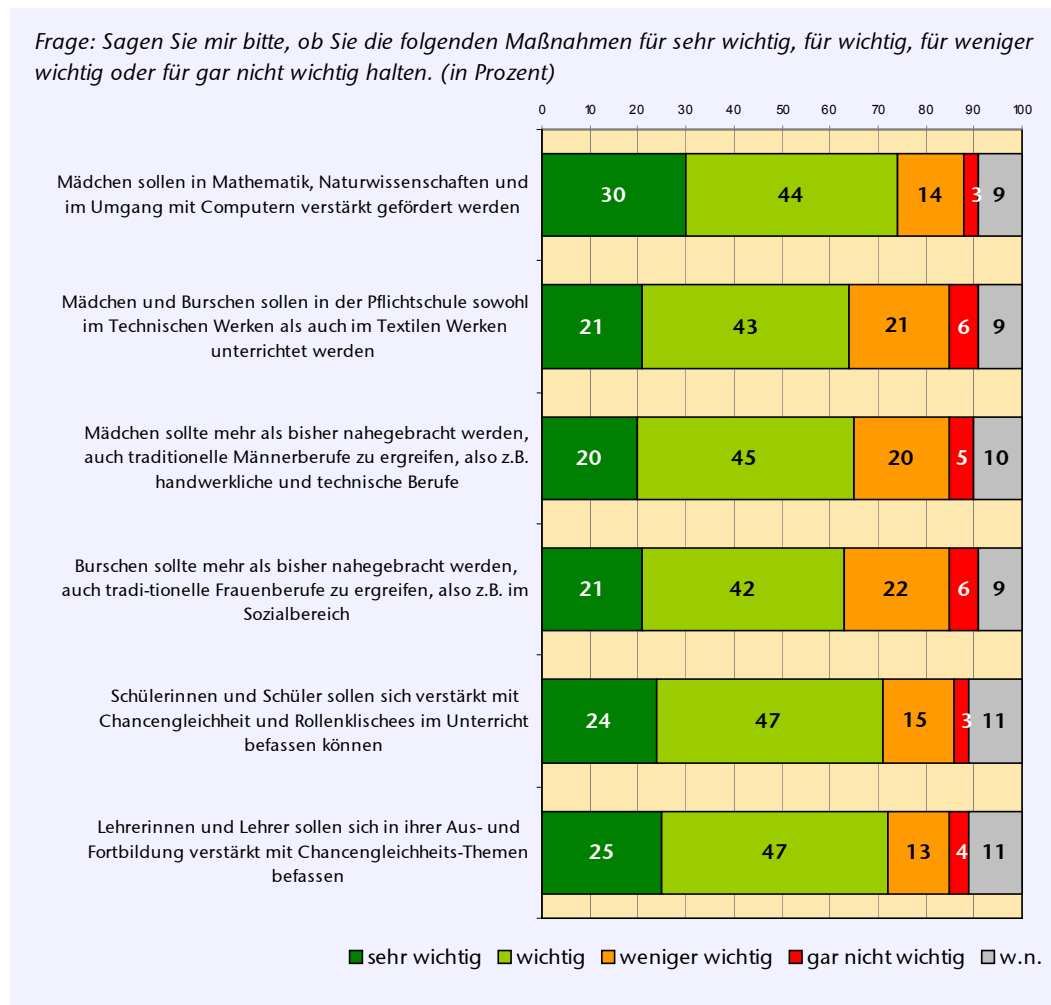


Abb. 32: Maßnahmen zur Förderung der Chancengleichheit

Die folgende Tabelle bildet die entsprechenden Zeitreihenergebnisse ab:

Frage: Die Schul-, Studien- und Berufswahl von Mädchen und Burschen erfolgt nach wie vor einseitig. Das Bildungsministerium plant nun weitere Maßnahmen zur Chancengleichheit zu setzen. Das Ziel ist, beiden Geschlechtern dieselben Entwicklungsmöglichkeiten zu bieten, damit sie ihre Interessen und Fähigkeiten unabhängig vom Geschlecht entfalten können. Sagen Sie mir bitte, ob Sie die folgenden Maßnahmen für sehr wichtig, für wichtig, für weniger wichtig oder für gar nicht wichtig halten. („sehr wichtig“ und „wichtig“ zusammengefasst; in Prozent)

	„(sehr) wichtig“						
	1999	2000	2001	2002	2004	2006	2007
Mädchen sollen in Mathematik, Naturwissenschaften und im Umgang mit Computern verstärkt gefördert werden	79	79	80	81	77	64	74
Mädchen und Burschen sollen in der Pflichtschule sowohl im Technischen Werken als auch im Textilen Werken unterrichtet werden	64	67	71	67	68	60	64
Schülerinnen und Schüler sollen sich verstärkt mit Chancengleichheit und Rollenklischees im Unterricht befassen können	80	84	84	82	81	70	73
Lehrerinnen und Lehrer sollen sich in ihrer Aus- und Fortbildung verstärkt mit Chancengleichheitsthemen befassen	81	83	83	81	82	72	72
Mädchen sollte mehr als bisher nahegebracht werden, auch traditionelle Männerberufe zu ergreifen, also z.B. handwerkliche und technische Berufe	*	*	*	*	*	65	65
Burschen sollte mehr als bisher nahegebracht werden, auch traditionelle Frauenberufe zu ergreifen, also z.B. im Sozialbereich	*	*	*	*	*	61	63

* = wurde nicht erhoben

Abb. 33: Maßnahmen zur Förderung der Chancengleichheit (Zeitverlauf)

Differenziert nach Männern und Frauen fallen die Einstellungsunterschiede so wie schon in den letzten Jahren nicht allzu hoch aus. Die Wichtigkeitsbeimessung liegt seitens der Frauen bei den meisten abgefragten Bereichen um nur wenige Prozentpunkte über jener der Männer. Verstärkte schulische Maßnahmen zur Erhöhung der Chancengleichheit von Mädchen und Burschen werden inzwischen also auch vom Großteil der Männer befürwortet.

Ein signifikanter Einstellungsunterschied zwischen den Männern und Frauen ist allerdings unter Berücksichtigung des jeweiligen Bildungshintergrundes zu sehen. Konkret differieren die Einstellungen der Männer relativ stark zwischen jenen mit Matura und ohne Matura. Männer mit Matura erachten alle genannten Gender-Maßnahmen für annähernd gleich wichtig wie dies die Vergleichsgruppe der Frauen tut. Männer mit einer nicht so hohen formalen Schulbildung halten diese Thematik für nicht so dringlich. Bei den Frauen spielt der Bildungsfaktor in Bezug auf die Genderfrage mittlerweile hingegen kaum noch eine Rolle.

Eltern von Schulkindern liegen bei ihrer Bewertung dieser Frage in etwa im Gesamtschnitt. Dasselbe gilt für die befragten SchülerInnen.

Die Lehrerinnen und Lehrer messen dem Gender-Mainstreaming bzw. den entsprechenden Maßnahmen auf der schulischen Ebene eine überdurchschnittlich hohe Bedeutung bei.

7. Moderne Kommunikationstechnologien und Medien im Schulbereich

7.1. PC- bzw. Internet-Zugang der SchülerInnen zu Hause

Rund acht von zehn befragten Eltern gaben an, dass ihr Schulkind zu Hause über einen PC verfügt. Im Regelfall haben die Kinder auch Zugang zum Internet – dies trifft auf knapp zwei Drittel der Haushalte mit Schulkindern zu.

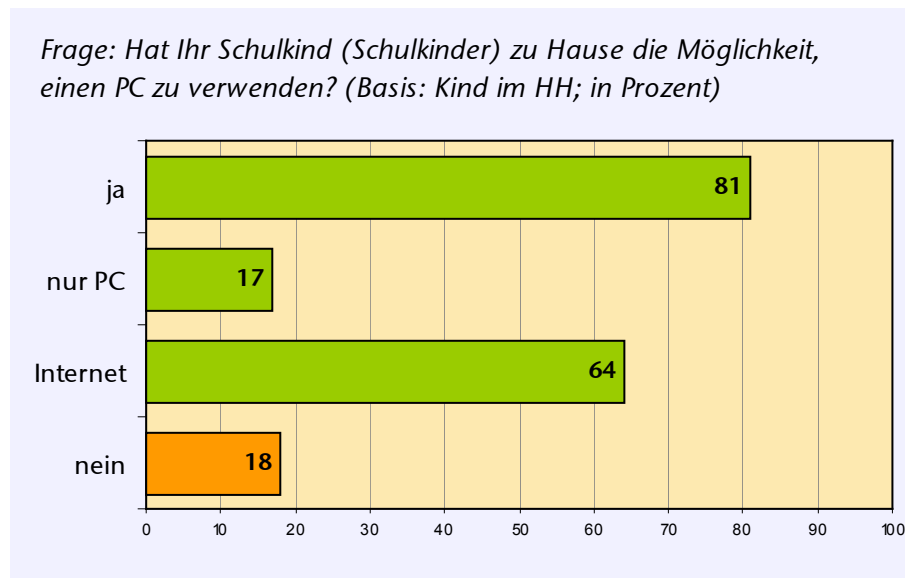


Abb. 34: PC- bzw. Internet-Zugang

7.2. Art der Nutzung dieser Technologie

So wie im Vorjahr wurden die Elternteile wieder gefragt, wie häufig ihr Schulkind bzw. ihre Schulkinder den PC und das Internet für die unterschiedlichen Tätigkeiten nutzen. Da davon auszugehen ist, dass nicht alle Eltern über die konkrete PC- und vor allem Internetnutzung ihrer Kinder eine wirkliche Kontrolle haben, bilden die folgenden Antwortverteilungen in einem gewissen Ausmaß wohl auch die *angenommenen* Nutzungsarten und -frequenzen ab.

So gut wie alle Eltern gaben an, dass ihre Kinder das Internet auch als Informationsquelle für die Schule (etwa für Referate und Projektarbeiten) nutzen.

Danach folgen von der Einsatzfähigkeit her gesehen schon die Computerspiele. Zwei Drittel bestätigten, dass ihr Kind zumindest gelegentlich damit beschäftigt ist; bei einem Viertel ist das häufig der Fall.

Ebenfalls hoch ist der Anteil jener Kinder, die am PC zumindest hin und wieder mit Lernprogrammen für die Schule arbeiten (57 %) und die auch einen Teil ihrer Hausaufgaben am Computer machen (54 %).

Rund die Hälfte der Schulkinder verwendet das Internet zum E-mailen und zum Herunterladen von Programmen, Musik und Filmen. Vier von zehn Eltern wissen, dass ihr Kind zumindest gelegentlich in einem Chatroom ist. Der Anteil derer, die mit dem Herunterladen und Chatten sehr viel Zeit verbringen, beläuft sich auf rund ein Fünftel.

Die folgende Grafik bildet die aktuellen Verteilungen und jene des Vorjahres ab. Bemerkenswert ist, dass sich hier in Summe eher eine leicht rückläufige Tendenz manifestiert - insgesamt gesehen und unter der Berücksichtigung der statistischen Schwankungsbreiten dürfte sich da in letzter Zeit aber nicht allzu viel verändert haben.

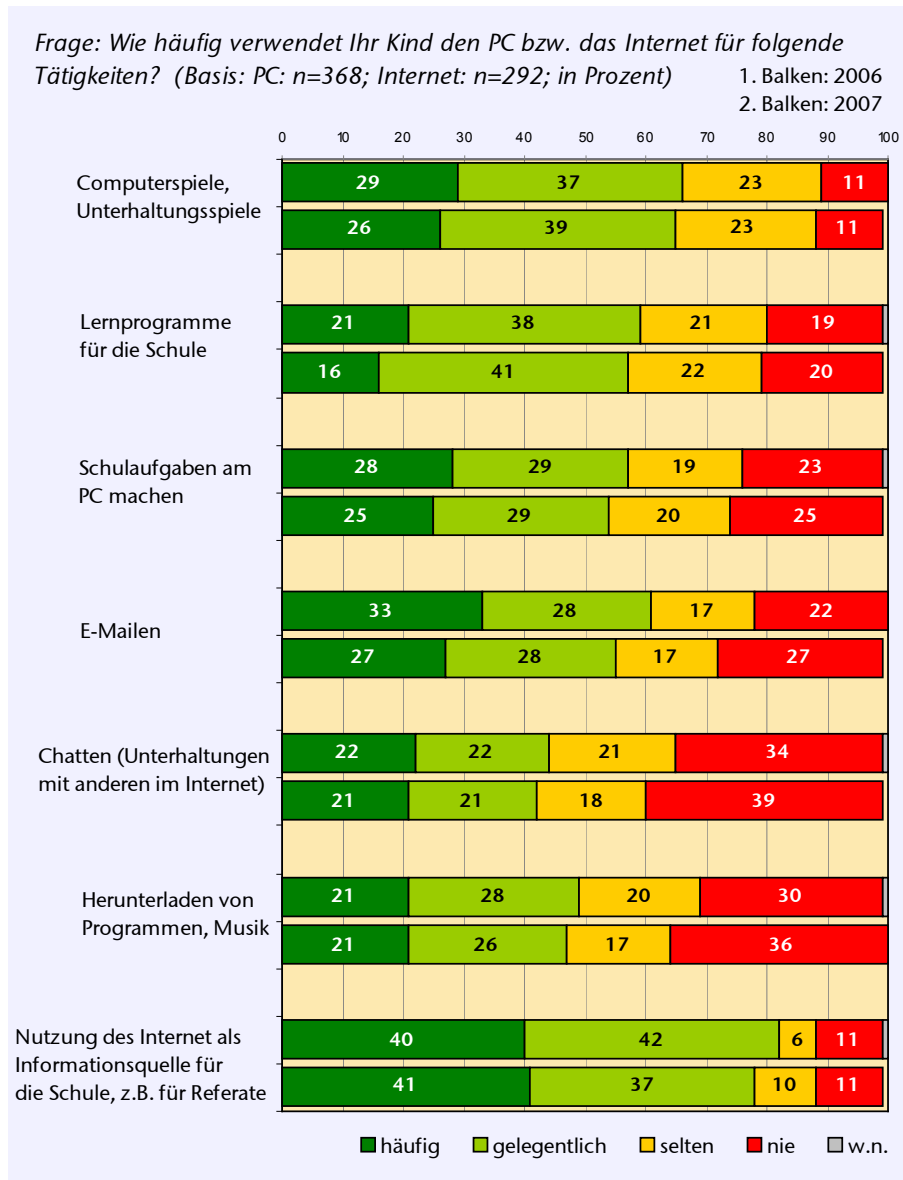


Abb. 35: PC- bzw. Internet-Nutzung

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Beurteilung der Qualität des österreichischen Schul- und Bildungswesens (Zeitverlauf)	10
Abb. 2: Beurteilung des Schul- und Bildungswesens (Zeitverlauf, Mittelwerte)	11
Abb. 3: Zur Qualität unterschiedlicher Ausbildungsformen	13
Abb. 4: Allgemeine Beurteilung der Schulformen (Zeitverlauf)	14
Abb. 5: Beurteilung der HS und der AHS	16
Abb. 6: Einschätzung des Ansehens der LehrerInnen (Zeitverlauf)..	18
Abb. 7: Einschätzung des Ansehens der LehrerInnen (Zeitverlauf, Mittelwerte).....	19
Abb. 8: Bewältigung der an die Schule gestellten Herausforderungen	22
Abb. 9: Integration von Kindern mit nicht-deutscher Muttersprache (MW; Zeitverlauf)	24
Abb. 10: Integration von behinderten Kindern (MW; Zeitverlauf)	25
Abb. 11: Förderung hochbegabter Kinder (MW; Zeitverlauf).....	25
Abb. 12: Förderung von weniger begabten Kindern (MW; Zeitverlauf).....	26
Abb. 13: Betreuung von "schwierigen Kindern" (MW; Zeitverlauf)...	26
Abb. 14: Aufklärung über Suchtmittel und Drogen (MW; Zeitverlauf).....	27
Abb. 15: Lehrplanveränderung (Lehrstoffreduzierung) (MW; Zeitverlauf)	27
Abb. 16: Chancengleichheit für Mädchen und Burschen (MW; Zeitverlauf)	28
Abb. 17: Schulische Herausforderung: Gewalt und Aggression.....	29
Abb. 18: Zu forcierende Aufgabenbereiche der Schule	31
Abb. 19: Zu forcierende Aufgabenbereiche der Schule (Zeitverlauf) ..	32
Abb. 20: Schulkinder mit Zuwanderungshintergrund	34
Abb. 21: Herkunftsland der Schulkinder	35
Abb. 22: Zuwanderer-Kinder in der Klasse: Klassenklima.....	38
Abb. 23: Entwicklung der Schulqualität	40
Abb. 24: Entwicklung ausgewählter Qualitätsbereiche (Zeitverlauf) .	42
Abb. 25: Umsetzung schulischer Reformmaßnahmen.....	45
Abb. 26: Verpflichtendes Vorschuljahr für alle Kinder.....	47
Abb. 27: Trennung in unterschiedliche Schulformen erst ab 14 Jahren.....	50
Abb. 28: Einstellung zur gemeinsamen Schulform der unter 15-Jährigen.....	52
Abb. 29: Ausbau der schulischen Tagesbetreuung.....	54

Abb. 30: Zur Doppelgleisigkeit der Schulverwaltung	55
Abb. 31: Schulautonome Tage.....	56
Abb. 32: Maßnahmen zur Förderung der Chancengleichheit	58
Abb. 33: Maßnahmen zur Förderung der Chancengleichheit (Zeitver- lauf)	59
Abb. 34: PC- bzw. Internet-Zugang.....	61
Abb. 35: PC- bzw. Internet-Nutzung	63